



AUSWIRKUNGEN DER BOMBENANSCHLÄGE VOM 7. JULI 2005 IN LONDON AUF MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFTEN IN DER EU

November 2005

**AUSWIRKUNGEN DER
BOMBENANSCHLÄGE VOM
7. JULI 2005 IN LONDON
AUF MUSLIMISCHE
GEMEINSCHAFTEN
IN DER EU**

HAFTUNGSAUSSCHLUSS: Die Hintergrunddaten und Informationen für diesen Bericht wurden vom RAXEN-Netzwerk der nationalen Anlaufstellen der EUMC zusammengestellt. Die Erwähnung einer Behörde, Organisation, Firma oder Person ist nicht als Anerkennung ihrer Stellung und Kompetenzen durch die EUMC zu werten. Dieses Dokument dient lediglich zur Information und stellt insbesondere keine Rechtsberatung dar.

Vorwort

Die vier Bombenanschläge in London am 7. Juli 2005, bei denen über 50 Menschen getötet und weitere 700 Menschen verletzt wurden, haben in aller Welt Entsetzen ausgelöst. Nur zwei Wochen später folgten vier weitere Anschlagversuche, die jedoch glücklicherweise misslangen und keine weiteren Opfer forderten. Die spontane Reaktion aller Europäer war tiefes Mitgefühl mit den Opfern. Die einhellige Verurteilung der Anschläge und die hohe Solidarität europäischer Spitzenpolitiker lieferten einen eindrucksvollen Beweis für die Stärke des europäischen Zusammenhalts.

Zugleich wuchs jedoch die Sorge, dass einzelne Personen den religiösen Hintergrund der Bombenleger instrumentalisieren und als Vorwand für rassistische Übergriffe und Beschimpfungen von Minderheitengemeinschaften, insbesondere britischen Muslimen, nutzen könnten. Dies ist der Hintergrund für den vorliegenden Bericht der EUMC. Der Bericht bestätigt, dass die Zahl der glaubensbedingten Hassverbrechen in der Zeit nach den Anschlägen überall im Vereinigten Königreich zeitweilig Besorgnis erregend gestiegen ist. Aus verständlichen Gründen löste dies bei Minderheitengruppen – insbesondere bei britischen Muslimen – Furcht und Sorge um ihre Sicherheit aus. Auf längere Sicht besteht jedoch Anlass zur Hoffnung: Nachdem Spitzenpolitiker und Führer von Religionsgemeinschaften die Anschläge übereinstimmend aufs Schärfste verurteilten und zugleich für die legitimen Rechte von Muslimen eintraten, ging die Zahl der Vorfälle wieder rasch zurück. Die einhellige Verurteilung der Anschläge durch Politiker und Führer von Religionsgemeinschaften löste in der EU eine überwiegend positive Reaktion in den Medien aus, die Verallgemeinerungen vermieden und betonten, dass es wichtig sei, zwischen der Tat einzelner Personen und einer ganzen Glaubensgemeinschaft zu unterscheiden. Zudem ließen die Führer muslimischer Gemeinden in Europa in ihrer spontanen Reaktion keinerlei Sympathie für die Bombenleger erkennen. All diese Faktoren erwiesen sich als entscheidend für die zurückgehende Zahl von Übergriffen und Vorurteilen gegenüber Minderheiten und trugen dazu bei, einem zunehmenden Trend zu Angriffen und Anschlägen von Beginn an den Nährboden zu entziehen.

Die wahre Prüfung wird jedoch darin bestehen, diese ersten ermutigenden Reaktionen in langfristig wirksame Maßnahmen münden zu lassen, die sich mit den grundlegenden Fragen befassen, die in der Zeit nach den Ereignissen in London aufgeworfen wurden. Wie können der Zusammenhalt und die Integration in den verschiedenen europäischen Ländern gestärkt werden? Wie können Ausgrenzung und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung bekämpft werden? Politische Führer und Einrichtungen sowie auch die Medien tragen hier eine besondere Verantwortung, Antworten auf diese Frage zu finden.

Unser Bericht zeigt, dass ein positiver Wandel möglich ist, sofern eine klare politische Führung, Unterstützung durch die Institutionen und Bürgergesellschaft

und eine besonnene Berichterstattung in den Medien gewährleistet sind. Solche gemeinsamen Anstrengungen sind von überragender Bedeutung für unsere Arbeit in Richtung auf ein gemeinsames Europa, das seine kulturelle Vielfalt wertschätzt, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu ignorieren. Dies wäre ein gangbarer Weg in unsere Zukunft.

Beate Winkler
Direktorin

November 2005

Zusammenfassung

Am 7. Juli 2005 detonierten vier Bomben in der Londoner Innenstadt während des morgendlichen Berufsverkehrs. Drei Bomben explodierten in U-Bahnhöfen, die vierte in einem Bus. Zwei Wochen später, am 21. Juli, misslangen vier weitere Anschläge auf das öffentliche Verkehrssystem in London. Dieses Mal explodierten nur die Zünder der Bomben, und es waren keine Todesopfer zu beklagen. Die Opfer der Londoner Bombenattentate waren Menschen verschiedener Nationalitäten, Briten und Nicht-Briten, Weiße und Nicht-Weiße, Muslime und Nicht-Muslime. Bei der Bewerbung Londons um die Olympischen Spiele 2012 wurde der multikulturelle und kosmopolitische Charakter dieser Stadt noch als eine Trumpfkarte gesehen. In der Zeit nach den Bombenanschlägen schien eben diese kulturelle Vielfalt einzelnen Personen ein Dorn im Auge, die den religiösen Hintergrund der Bombenleger als Vorwand für rassistische Angriffe und Beschimpfungen von Minderheitengemeinschaften, insbesondere britischen Muslimen, missbrauchten.

Wenn es auch noch zu früh ist, endgültige Schlussfolgerungen zu den Auswirkungen der Ereignisse in London auf das Leben muslimischer Gemeinschaften in Europa zu ziehen, zeigen die Berichte der nationalen Anlaufstellen doch, dass es zwar durchaus Übergriffe auf Mitglieder und Einrichtungen muslimischer Gemeinden gab, diese jedoch eher sporadisch und vereinzelt vorkamen. Offiziellen und inoffiziellen Berichten zufolge ist die Zahl der Übergriffe in verschiedenen Teilen Großbritanniens unmittelbar nach den Anschlägen vorübergehend sprunghaft gestiegen. Als Erklärung für die relativ geringe Anzahl von Übergriffen in der gesamten EU kommen verschiedene Faktoren in Frage, beispielsweise die schnelle Reaktion der Regierungen, Politiker und Meinungsbildner und die Unterstützung der Polizei, die großen Wert auf eine klare Unterscheidung zwischen der Tat der Bombenleger und dem Islam allgemein legte. Außerdem reagierten muslimische Vertreter sofort auf die Ereignisse und verurteilten die Tat der Bombenleger einhellig aufs Schärfste. Die Lehre des 7. Juli ist also, dass ein entschlossenes, aufeinander abgestimmtes Vorgehen aller Interessengruppen wirksam funktioniert. Aus Sorge vor möglichen antimuslimischen Übergriffen signalisierte die britische Regierung umgehend ihre Unterstützung für die berechtigten Ansprüche der muslimischen Gemeinde. Die Polizei machte deutlich, dass Vergeltungsmaßnahmen gegen Mitglieder der muslimischen Gemeinde hart bestraft würden. In allen EU-Mitgliedstaaten reagierten Regierungen und politische Parteien auf die Angriffe mit Beileidsbezeugungen, und in vielen Mitgliedstaaten wurde sorgfältig zwischen den Bombenlegern und der muslimischen Gemeinschaft als Ganzes unterschieden.

In der gesamten EU verurteilten die muslimischen Organisationen die Bombenanschläge in London besonders scharf und zeigten sich entschlossen, den gewaltbereiten Radikalismus zu bekämpfen. Die muslimischen Führer im Vereinigten Königreich reagierten umgehend und verurteilten die Bombenattentate mit den Worten, dass solche Taten mit dem muslimischen Glauben unvereinbar

seien. Sie nahmen den Dialog mit der Regierung, der Polizei und den örtlichen Behörden auf und setzten damit ein deutliches Zeichen für ihre Entschlossenheit, Maßnahmen zur Ausrottung des Terrorismus zu unterstützen und Vergeltungsangriffe auf muslimische Gemeinden zu verhindern. In allen anderen Mitgliedstaaten wurden die Bombenanschläge von muslimischen Organisationen einmütig verurteilt. Im Vereinigten Königreich erklärten sich die muslimischen Organisationen zur Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit bereit, um jegliche Form von Extremismus in ihren Reihen auszumerzen, und in einigen anderen Mitgliedstaaten forderten sie ihre Mitglieder zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit den Behörden bei den laufenden Ermittlungen auf. In mehreren Mitgliedstaaten erstellten muslimische Glaubensführer Rechtsgutachten (*Fatwas*), in denen erklärt wurde, dass solche Taten der islamischen Glaubenslehre eindeutig zuwiderlaufen. Im Vereinigten Königreich reagierten Vertreter der christlichen und jüdischen Glaubensgemeinschaften sofort und sicherten in einer öffentlichen Erklärung ihre Unterstützung zu.

In der Woche nach den Bombenanschlägen bemühten sich die Medien in allen Mitgliedstaaten nach Kräften um eine faire und ausgewogene Darstellung. Die Medien im Vereinigten Königreich betonten, dass die Täter nicht im Auftrag der muslimischen Gemeinschaft handelten. Nachdem die Bombenleger jedoch als britische Muslime identifiziert wurden, änderte sich die Berichterstattung in den britischen Medien deutlich, und der Fokus verschob sich zu allgemeinen Themen über muslimische Gemeinden und die Verhütung künftiger Vorfälle. Einzelne Medien konzentrierten sich auf den Platz muslimischer Gemeinden in der britischen Gesellschaft und insbesondere auf die offenkundige Entfremdung junger männlicher Muslime. In anderen Mitgliedstaaten rückten die Medien bisweilen das Thema Zuwanderungskontrolle in den Vordergrund, während sich andere mit der Radikalisierung muslimischer Jugendlicher befassten und dies mit unzureichenden Integrationsprozessen begründeten. Fast überall waren die Medien sehr darauf bedacht, Terrorismus und den muslimischen Glauben klar voneinander zu trennen.

Laut den Berichten der nationalen Anlaufstellen hat die Zahl der Übergriffe gegen muslimische Gemeinschaften in den meisten EU-Mitgliedstaaten im Berichtszeitraum nicht wesentlich zugenommen. Im Vereinigten Königreich hingegen stieg die Zahl der Angriffe auf Mitglieder der muslimischen Glaubensgemeinschaft und ihre Gotteshäuser praktisch über Nacht. Nach Angaben der Londoner Polizei stieg in den fünf Wochen nach den Bombenanschlägen die Zahl glaubensbedingter Hassverbrechen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (2004) drastisch. Die Angriffe richteten sich vor allem gegen britische Muslime. Berichte aus anderen Teilen des Vereinigten Königreichs sowie Quellen von Nichtregierungsorganisationen bestätigten, dass die muslimischen Gemeinden nach den Bombenanschlägen in London zur Zielscheibe zunehmender Feindseligkeiten wurden. Nach allgemeiner Einschätzung dürfte die Zahl der Hassverbrechen nach dem sprunghaften Anstieg in der Zeit vom 7. Juli bis Anfang August jedoch auf ein ähnliches Niveau wie im Vorjahr (2004) zurückgehen. Im Vereinigten Königreich hat der vorübergehende Anstieg rassistisch motivierter Vorfälle dazu geführt, dass Minderheitengruppen – insbesondere britische Muslime – um ihre Sicherheit fürchten. Die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen ist eng mit der wachsenden

Voreingenommenheit verknüpft, mit der sich Mitglieder der muslimischen Gemeinde konfrontiert sehen. In Medieninterviews und Sendungen mit telefonischer Publikumsbeteiligung gaben Muslime an, Angst vor dem Weg zur Arbeit oder Aufhalten in der Öffentlichkeit zu haben. Verschiedene Quellen berichteten, dass sich britische Muslime „unter Generalverdacht“ fühlen.

Von den Regierungen, Polizeibehörden und muslimischen Gemeinden wurden verschiedene Initiativen zur Überwachung von Übergriffen und zur Einbeziehung der muslimischen Gemeinde, vor allem im Vereinigten Königreich, eingeleitet. Der Muslimische Rat von Großbritannien richtete einen Überwachungsdienst für Übergriffe auf Muslime (Incident Monitoring Service) ein, und die britische Regierung traf zur Planung weiterer gemeinsamer Maßnahmen mehrfach mit muslimischen Führern zusammen. Das britische Innenministerium leitete einen Beratungsprozess mit Vertretern der muslimischen Gemeinde ein, um Vorschläge zur Stärkung des Zusammenhalts und zur Bekämpfung des Extremismus zu entwickeln. Die Reaktionen der britischen Regierung, Polizei und örtlichen Behörden zeigen, dass sie wertvolle Lehren aus ähnlichen Angriffen gezogen haben, die im öffentlichen Gedächtnis eng mit dem Islam verquickt sind. Dabei hat sich gezeigt, dass es vor allem auf die Entschlossenheit der politischen Führung und ihr energisches Entgegenreten gegen mögliche antimuslimische Vergeltungsmaßnahmen, auf einen positiven Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft sowie auf die Unterstützung der Polizei ankommt.

In mehreren anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die Vorfälle in London offenbar neue Initiativen in Gang gesetzt oder vorhandene Initiativen verstärkt, die auf die Einbeziehung der muslimischen Gemeinde zielen. Vorschläge für einen verstärkten Dialog zwischen muslimischen Gemeinden und dem Staat oder zwischen den Glaubensgemeinschaften kamen auch von Führern der muslimischen Gemeinde. In einigen Mitgliedstaaten wurden staatliche Initiativen zur stärkeren Integration muslimischer Gemeinden innerhalb kürzester Zeit auf den Weg gebracht.

Dieser Bericht enthält eine Bestandsaufnahme der Initiativen, die unter dem Eindruck der Bombenanschläge im Juli mit dem Ziel eingeleitet wurden, antimuslimische Übergriffe zu verhindern und einen Dialog mit der muslimischen Gemeinde aufzunehmen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass diese Anstrengungen zu umfassenden politischen Maßnahmen zur sozialen Eingliederung und zur Bekämpfung von Diskriminierungen weiterentwickelt und weiterverfolgt werden, damit sie nachhaltige Ergebnisse liefern und Kernfragen zum Wohle der ganzen Gesellschaft behandeln. Unter Einbeziehung ihrer früheren Berichte über muslimische Gemeinschaften in der EU kommt die EUMC zu vier Hauptschlussfolgerungen, die darauf abzielen, die Politikgestaltung zugunsten muslimischer Gemeinschaften zu unterstützen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE
EINRICHTUNGEN UND ORGANE DER EU:

1. Regierungsmitglieder, Polizeivertreter, Politiker und andere hochrangige Meinungsbildner müssen eine entschlossene politische Führung zeigen, Verallgemeinerungen vermeiden und die fruchtbare Arbeit fortsetzen, die nach den Anschlägen in London begonnen wurde. Positive öffentliche Gesten in Richtung auf den Islam und die Aufnahme eines Dialogs mit Vertretern der muslimischen Gemeinschaft, der auf der Achtung der Menschenrechte beruht, dürfen nicht nur auf Zeiten erhöhter Spannung beschränkt sein. Dadurch würde man auch den strategischen Rahmen für die Medien abstecken und negativen Klischeevorstellungen über Muslime entgegenwirken.
2. Die Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und Organe der EU sollten die aktive Einbeziehung muslimischer Gemeinschaften in institutionalisierte Verfahren der Politikgestaltung fördern und sie auch an informelleren Dialogen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene beteiligen. Die Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und Organe der EU sollten Möglichkeiten zur Unterstützung der Selbstorganisation muslimischer Gemeinschaften durch den Aufbau von Kompetenzen und die Entwicklung von Führungsfähigkeiten untersuchen.
3. Die Polizei muss zur Meldung rassistisch motivierter Vorfälle ermutigen, auf Anzeichen von Spannungen sofort durch Aufstockung ihrer Einsatzkräfte in den betroffenen Gemeinschaften reagieren und Opfer rassistischer Straftaten adäquat unterstützen. Ein umfassendes Strafrecht muss rassistische Motive hinter einer Tat als erschwerenden Umstand werten, um gründliche Ermittlungen und eine angemessene Bestrafung solcher Straftaten zu gewährleisten.
4. Die Mitgliedstaaten sollten Überwachungsverfahren einführen, um den Fortschritt bei der sozialen Eingliederung zu bewerten und in allen Gemeinschaften ein eindeutiges Signal zu setzen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen Priorität einzuräumen ist. Politische Strategien, die der Ausgrenzung von Minderheitengemeinschaften entgegenwirken, sollten Priorität erhalten.

Hintergrund des Berichts

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) gab diesen Bericht unmittelbar nach den Ereignissen vom 7. Juli in Auftrag. Der Zweck bestand darin, Daten und Informationen über die Reaktionen auf den Vorfall, die erste Reaktion von Regierung, Polizei, muslimischer Gemeinschaft und Medien zusammenzustellen, um der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einen ersten Überblick über die Situation zu vermitteln sowie Initiativen zur Stärkung des Zusammenhalts in der Gemeinschaft zu ermitteln.

Ähnliche Initiativen zur Informationssammlung wurden von der EUMC bereits früher im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in New York und Madrid sowie dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh durchgeführt. Die nationalen Anlaufstellen des Europäischen Informationsnetzes über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (RAXEN) der EUMC wurden gebeten, vorläufige Daten zu diesem Thema vorzulegen. In früheren Berichten wurde die Situation der jüdischen Gemeinden beleuchtet – beispielsweise wurde in einigen EU-Mitgliedstaaten im Frühjahr 2002 eine Zunahme antisemitischer Vorfälle verzeichnet.

Der vorliegende Bericht fasst die von 25 nationalen Anlaufstellen vorgelegten Informationen zusammen und deckt den Zeitraum vom 7. Juli bis mindestens zum 25. September 2005 ab, in manchen Fällen noch darüber hinaus. Teil I dieses Berichts befasst sich mit den Ereignissen im Vereinigten Königreich vom 7. Juli bis zum 5. Oktober und enthält Informationen, die von der nationalen Anlaufstelle des Vereinigten Königreichs gesammelt und vorgelegt wurden. Im Mittelpunkt stehen die Reaktion der Regierung, die Auswirkungen auf die muslimische Gemeinde und die Berichterstattung in den Medien. Die Informationen über das Vereinigte Königreich sollten in Verbindung mit der vergleichenden Übersicht über die Situation in den anderen 24 Mitgliedstaaten gelesen werden, die in Teil II dieses Berichts zusammengefasst wird.

Die EUMC ist sich darüber im Klaren, dass ein längerer Datenerhebungszeitraum notwendig ist, um die Wirkung der von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen, die Initiativen muslimischer Organisationen und der Polizei sowie die Wirksamkeit innergemeinschaftlicher Mechanismen umfassend zu bewerten. Die EUMC wird die Datenerhebung zur Situation der muslimischen Gemeinschaften in der EU und ihre Suche nach guten praktischen Lösungen fortsetzen, die nachhaltig wirken und zur Stärkung des Zusammenhalts in den Gemeinschaften beitragen. Die konkreten Ergebnisse werden in einen umfassenden Analysebericht aufgenommen, der im Jahr 2006 veröffentlicht werden soll.

Inhalt

VORWORT	3
ZUSAMMENFASSUNG.....	5
HINTERGRUND DES BERICHTS.....	9
INHALT	10
TEIL I:	11
1. INFORMATIONEN DER NATIONALEN ANLAUFSTELLE DER EUMC IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH	12
1.1. Einleitung.....	12
1.2. Übersicht über die ersten Reaktionen der britischen Regierung, muslimischer Organisationen und der Medien	12
1.3. Auswirkungen der Ereignisse in London auf die muslimische Gemeinde.....	15
1.3.1. Antimuslimische Vorfälle laut offiziellen und inoffiziellen Quellen	15
1.3.2. Allgemeine Auswirkungen auf muslimische Gemeinschaften.....	19
1.3.3. Sofortreaktion der Regierung und der Polizei	20
1.3.4. Reaktionen der britischen muslimischen Gemeinde auf die Bombenanschläge in London....	23
1.4. Übersicht über die Berichterstattung in den Medien	24
1.5. Initiativen wichtiger Interessengruppen im Vereinigten Königreich (nationale Regierung, örtliche Behörden, Polizei und muslimische Gemeinde) zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und zur Stärkung des Zusammenhalts.....	26
1.5.1. Initiativen der Regierung und der muslimischen Gemeinschaft nach den Anschlägen.....	26
1.5.2. Weitere (vor den Anschlägen in London eingeleitete) Regierungsinitiativen zur Förderung des Zusammenhalts in der Gesellschaft	29
1.5.3. Initiativen der Polizei	30
1.5.4. Initiativen der örtlichen Behörden.....	31
1.6. Chronologie der Ereignisse, die zu den Massnahmen und Initiativen von Regierung, Polizei, muslimischen Organisationen und Medien geführt haben	32
TEIL II:	39
2. ZUSAMMENFASSUNG DER BERICHTE DER NATIONALEN ANLAUFSTELLEN DER EUMC (OHNE DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH)	40
2.1. Allgemeine Auswirkungen der Ereignisse auf die muslimischen Gemeinschaften in der EU .	40
2.2. Reaktionen der Regierungen und politischen Parteien in der EU	44
2.3. Reaktionen der muslimischen Organisationen in der EU.....	48
2.4. Reaktion der Medien in der EU	51
2.5. Beispiele für Initiativen von Interessengruppen in den EU-Mitgliedstaaten (Behörden, muslimische Organisationen und NRO) zur Vermeidung von Islamfeindlichkeit und zur Stärkung des Zusammenhalts.....	59
SCHLUSSFOLGERUNGEN	64

Teil I:

**Situation der muslimischen Gemeinschaft im
Vereinigten Königreich nach den
Bombenanschlägen vom 7. Juli 2005 in London**

1. Informationen der nationalen Anlaufstelle der EUMC im Vereinigten Königreich

1.1. EINLEITUNG

Laut den Berichten der Polizei und muslimischer Organisationen stieg die Zahl der Übergriffe auf die muslimische Gemeinde im Vereinigten Königreich kurzzeitig an. Dies wiederum führte zu verstärkten Maßnahmen und Initiativen seitens Regierung, Polizei und muslimischer Organisationen.

Nach Auffassung der EUMC zeigen die ersten Reaktionen der britischen Regierung, der Polizei, des Londoner Bürgermeisters und der muslimischen Organisationen, dass wichtige Lehren aus ähnlichen Angriffen in anderen Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika gezogen wurden. Dies betrifft vor allem die schnelle Reaktion der Regierung, Polizei und muslimischen Organisationen, das entschlossene Vorgehen der politischen Führung auf nationaler Ebene und in London, den positiven Dialog mit der muslimischen Gemeinde, die interreligiöse Unterstützung durch Vertreter des christlichen und jüdischen Glaubens sowie die öffentliche Unterstützung der Polizei.

Dieser Bericht zeigt, wie wichtig eine klare politische Führung ist. Insbesondere kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass Entscheidungsträger, Kommentatoren, die Bürgergesellschaft, Politiker und ein Großteil der Medien überwiegend darauf verzichteten, zu verallgemeinern und für die Tat einzelner Personen eine ganze Gemeinschaft verantwortlich zu machen. Stattdessen wurde auf eine klare Trennung geachtet und eine enge Zusammenarbeit mit der muslimischen Gemeinde angestrebt.

1.2. ÜBERSICHT ÜBER DIE ERSTEN REAKTIONEN DER BRITISCHEN REGIERUNG, MUSLIMISCHER ORGANISATIONEN UND DER MEDIEN

Die britische Regierung reagierte zunächst in zweierlei Hinsicht, indem sie die Bombenanschläge in London als Terrorakte einstufte und rechtliche und operative Schritte einleitete, um die Bombenleger mit allen Mitteln zu verfolgen und weitere ähnliche Vorfälle zu vermeiden, zugleich aber auch auf die Vermeidung möglicher Vergeltungsmaßnahmen gegen Muslime und eine sorgfältige Unterscheidung zwischen den Bombenattentaten und dem Islam bzw. den muslimischen Gemeinden bedacht war. Die Regierung machte deutlich, dass Vergeltungsaktionen gegen muslimische Gemeinden (einzelne Personen, Gebäude, Unternehmen usw.) nicht geduldet und hart bestraft würden. Die Polizei betonte, dass sie jegliche

Übergriffe energisch und mit allen rechtlichen Mitteln verfolgen würden. Der Bürgermeister von London bestätigte dieses Vorgehen.

Die muslimischen Führer der muslimischen Glaubensgemeinschaft reagierten sofort. Sie verurteilten die Bombenanschläge und betonten, dass solche Taten in einem krassen Widerspruch zum islamischen Glauben stehen. So erklärte Sir Iqbal Sacranie, der Vorsitzende des Muslimischen Rates von Großbritannien (Muslim Council of Britain, MCB), dass ein wahrer Muslim solche Taten niemals begehen würde, da sie eindeutig im Widerspruch zum islamischen Glauben stehen.

Allgemein legten die Medien großen Wert auf die Feststellung, dass auch Muslime bei den Bombenanschlägen getötet wurden und die Attentäter nicht im Namen des Islam handelten. Am 7. Juli warnten die Medien bereits vor möglichen antimuslimischen Vergeltungsmaßnahmen. Nachdem sich jedoch herausstellte, dass die Attentäter in Großbritannien geboren waren, verschob sich der Fokus in der Berichterstattung zu Fragen der Integration und der Radikalisierung von Mitgliedern der muslimischen Gemeinde in Großbritannien. Als verschiedene Medien später berichteten, dass einigen mutmaßlichen Attentätern der Anschläge vom 21. Juli die britische Staatsbürgerschaft verliehen worden war und nicht-britische religiöse Extremisten ihren Wohnsitz im Vereinigten Königreich hätten, wurde die Debatte auf Fragen der Einwanderung, Wohnsitzrechte und Menschenrechtsgesetze ausgeweitet.

Fast unmittelbar nach den Bombenanschlägen wurde eine steigende Zahl von Übergriffen auf Mitglieder der muslimischen Gemeinde oder Personen verzeichnet, die für Muslime gehalten wurden. Dies ist auch eine Folge der präziseren Erfassungsmethoden der britischen Polizei und der britischen Strafgesetzgebung für rassistisch und religiös motivierte Straftaten.¹ Die Londoner Polizei verzeichnete eine drastische Zunahme glaubensbedingter Hassverbrechen – überwiegend verbale Beschimpfungen oder kleinere tätliche Angriffe auf die muslimische Gemeinde – sowie Sachbeschädigungen und Angriffe auf Moscheen. Allerdings kann auch die effizientere Erfassung von Straftaten, die durch Glaubenshass motiviert sind, und Straftaten, die durch Rassenhass motiviert sind, zum Anstieg gegenüber 2004 beigetragen haben. Die Gesamtzahl der

¹ Im Vereinigten Königreich wurde eine umfassende Strafgesetzgebung zur Einstufung, Erfassung und Bestrafung von Straftaten mit religiösem oder rassistischem Hintergrund eingeführt, der als erschwerender Umstand gewertet wird. In das Gesetz über Straftaten und Unruhen (Crime and Disorder Act) von 1998 (für Straftaten mit erschwerenden rassistischen Motiven) sowie in das Gesetz zu Terrorismusbekämpfung, Straftaten und Sicherheit (Anti-Terrorism, Crime and Security Act) von 2001 (für Straftaten mit erschwerenden religiösen Motiven) wurden neun rassistisch und religiös motivierte Straftatbestände aufgenommen. Wenn sich herausstellt, dass Straftaten wie tätliche Übergriffe und strafbare Sachbeschädigung rassistisch motiviert oder religionsbedingt sind, kann das Gericht eine höhere Strafe verhängen. Bei anderen Straftaten erlegt das Gesetz über die Befugnisse von Gerichten bei der Urteilsfällung (Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act) von 2000 dem Gericht die Pflicht auf, rassistische oder religiöse Motive bei der Urteilsfällung als erschwerenden Umstand zu werten. Das Strafrechtsgesetz (Criminal Justice Act) von 2003 weitet diesen Grundsatz auf Straftaten aus, die durch Hass auf die sexuelle Ausrichtung oder Behinderungen motiviert sind. Mit dem Gesetz zu Terrorismusbekämpfung, Straftaten und Sicherheit von 2001 wurde die Höchststrafe für die Aufstachelung zu Rassenhass auf sieben Jahre angehoben.

Hassverbrechen in London ist seit den Anschlägen vom 7. und 21. Juli (nach Angaben der Londoner Polizei vom 18. Oktober) um fünf Prozent gestiegen. Der Rat für Rassengleichstellung in Südostwales (South East Wales Race Equality Council, SEWREC) erklärte, dass die Zahl der Vorfälle seit den Bombenanschlägen in London „erheblich“ gestiegen sei, und zwar von 10 pro Monat auf mehr als 30 in nur zwei Wochen. Sikh-Tempel seien ebenfalls angegriffen worden. In Berichten aus anderen Teilen des Vereinigten Königreichs sowie von Nichtregierungsorganisationen (NRO) wurde bestätigt, dass die muslimische Gemeinde unmittelbar nach den Bombenanschlägen in London zunehmend zur Zielscheibe von Feindseligkeiten geworden sei. Der Muslimische Rat Großbritanniens (MCB) richtete einen Überwachungsdienst für Übergriffe auf Muslime (Incident Monitoring Service) ein. Die Polizei reagierte sofort, die Polizeipräsenz in gefährdeten Gemeinden wurde verstärkt, und es wurden klare Botschaften vermittelt, um sich bedroht fühlende Minderheiten zu beruhigen und potenzielle Täter abzuschrecken. Bis Oktober 2005 ging die Zahl der hassmotivierten Übergriffe nach dem drastischen Anstieg unmittelbar nach den Bombenanschlägen wieder auf ein ähnliches Niveau wie im Vorjahreszeitraum zurück.

Nach den ersten Hinweisen auf mögliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Muslime und Berichten über Brandstiftung in einer Moschee in Leeds und einem Sikh-Tempel in Kent traf der britische Innenminister Charles Clarke mit mehreren Glaubensführern zusammen. In der Zeit danach regte die Regierung mehrere Sondersitzungen mit Vertretern der muslimischen Gemeinde im ganzen Land an, um den Dialog zu verstärken und weitere Aktionen zu planen. Es wurden sieben Arbeitsgruppen gebildet und mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zum Problem der Entfremdung und Radikalisierung sowie zu Fragen der Integration und Kohäsion beauftragt.

Das britische Innenministerium legte der EUMC Erklärungen vor, in denen die Behörden ihre Entschlossenheit unterstrichen, gegen mögliche Vergeltungsangriffe auf Minderheitengemeinschaften konsequent vorzugehen:

„Die Regierung, die Sicherheitsdienste, die Polizei, die örtlichen Behörden und Gemeinschaftsorganisationen wie die Kommission für Rassengleichheit haben bei der Gewährleistung der Sicherheit in allen Gemeinden und Beruhigung von Gemeinden, die sich besonders bedroht fühlten, eng zusammengearbeitet und werden dies auch weiterhin tun. Straftaten sollten in jedem Fall bei der Polizei angezeigt werden. Durch Religions- und Rassenhass motivierte Straftaten werden in jeder Hinsicht hart bestraft. Die Polizei weiß, dass es jetzt darauf ankommt, den möglicherweise gefährdeten Gemeinden ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, und arbeitet hier direkt mit den Führern der Gemeinden zusammen.“

1.3. AUSWIRKUNGEN DER EREIGNISSE IN LONDON AUF DIE MUSLIMISCHE GEMEINDE

1.3.1. Antimuslimische Vorfälle laut offiziellen und inoffiziellen Quellen

- a) Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, verzeichnete die Londoner Polizei (**Metropolitan Police, MET**) einen sprunghaften Anstieg von **Straftaten**, die **durch Glaubenshass motiviert sind**². Die meisten Fälle wurden als verbale oder geringfügige tätliche Angriffe auf die muslimische Gemeinde eingestuft, doch nach Angaben des stellvertretenden Londoner Polizeichefs Tarique Ghaffur kam es auch zu Sachbeschädigungen und Angriffen auf Moscheen³. Zum Anstieg gegenüber dem Vorjahr (2004) kann aber auch die präzisere Erfassung und Unterscheidung zwischen rassistisch motivierten Straftaten und Straftaten aus Glaubenshass beigetragen haben.

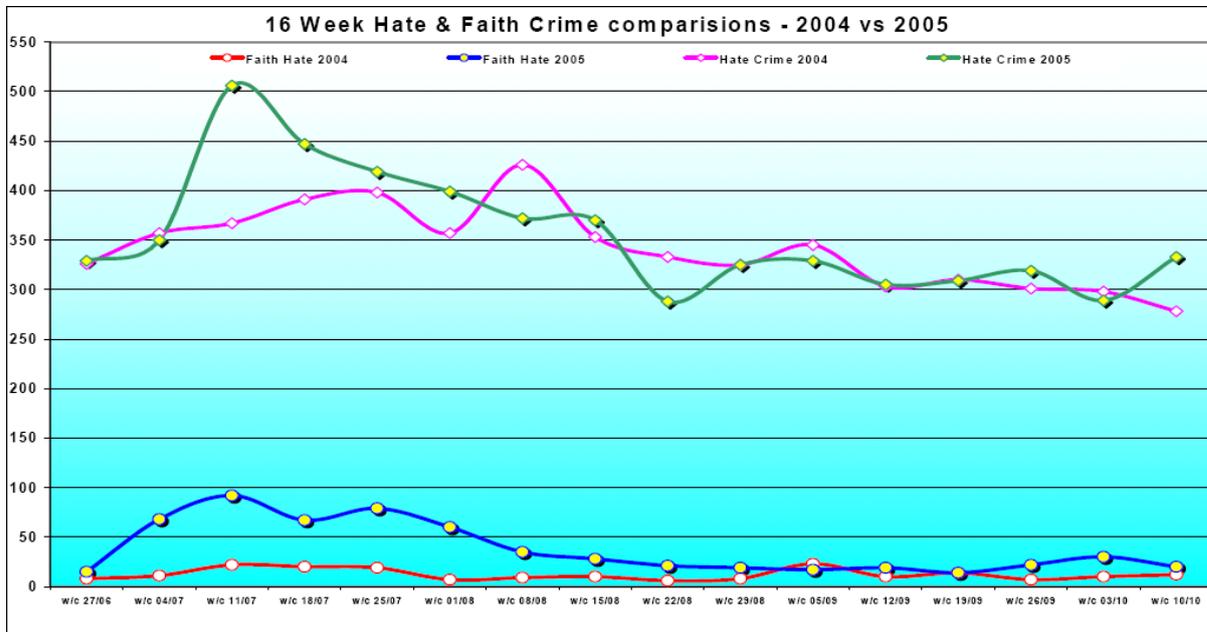
Die Zahl der Hassverbrechen ist in London seit den Ereignissen vom 7. und 21. Juli (laut den Angaben der Londoner Polizei vom 18. Oktober) um insgesamt fünf Prozent gestiegen, während die Gesamtzahl der Straftaten im laufenden Bilanzjahr effektiv um vier Prozent gesunken ist (346 Straftaten weniger).⁴

² Definition für Hassverbrechen der MPS (Metropolitan Police Service): Als hassmotivierte Straftat gelten alle Straftaten, die aufgrund des Glaubens, der Rasse, aus Antisemitismus, Antiislamismus und Homophobie verübt werden. Glaubensmotivierte Straftaten sind Straftaten, die speziell aus Glaubenshass verübt werden. Die Zahl der Hassverbrechen setzt sich aus all diesen Straftaten, einschließlich Straftaten aus Gründen des Geschlechts oder einer Behinderung, zusammen.

³ Weitere Einzelheiten siehe unter http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/london/4740015.stm (4. August 2005)

⁴ Communities Together, Informationsblatt Nr. 55 vom 18. Oktober 2005, 15.00 Uhr (abrufbar unter http://www.met.police.uk/communities_together/index.htm).

AUSWIRKUNGEN DER BOMBENANSLÄGE VOM 7. JULI 2005 IN LONDON
AUF MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFTEN IN DER EU



Date	Faith Hate 2004	Faith Hate 2005	Hate Crime 2004	Hate Crime 2005
w/c 30/05	9	15	379	325
w/c 06/06	13	19	418	318
w/c 13/06	10	21	337	323
w/c 20/06	14	16	334	370
w/c 27/06	8	15	326	329
w/c 04/07	11	68	357	350
w/c 11/07	22	92	367	506
w/c 18/07	20	67	391	447
w/c 25/07	19	79	398	419
w/c 01/08	7	60	357	399
w/c 08/08	9	35	426	372
w/c 15/08	10	28	353	370
w/c 22/08	6	21	333	288
w/c 29/08	8	19	325	325
w/c 05/09	23	17	345	329
w/c 12/09	10	19	303	305
w/c 19/09	14	14	310	309
w/c 26/09	7	22	301	319
w/c 03/10	10	30	298	289
w/c 10/10	12	20	278	333

Legende:

16 Week Hate... = Hass- und glaubensmotivierte Straftaten im Verlauf von
16 Wochen im Jahresvergleich (2004 – 2005)

faith hate = Glaubenshass

hate crime = Hassverbrechen

date = Datum

w/c = Wochenvergleich

b) In der Presse wurde über diesen Anstieg von Hassverbrechen berichtet, wobei gelegentlich keine klare Trennlinie zwischen glaubensmotivierten und rassistischen Straftaten gezogen wurde:

- *Independent* 3/8/05: „Immer mehr rassistisch motivierte Straftaten in London“.⁵
- *The Scotsman* (**Schottland**): „Rassistisch motivierte Straftaten nehmen in Schottland nach Bomben zu“, 4. August 2005.⁶
- *BBC News*, 4. August 2005: „Zahl der rassistisch motivierten Angriffe leicht gestiegen“.⁷

c) **Liverpool**: Die Zahl der rassistisch und religiös motivierten Angriffe nahm in Merseyside nach den Bombenanschlägen in London erheblich zu. Laut den neuesten Zahlen gingen in den sechs Wochen nach dem 7. Juli über 200 Anrufe bei der Hotline der Racial Monitoring Unit in Merseyside ein, die zur Meldung rassistisch motivierter Vorfälle eingerichtet worden war (im Vergleich zu 48 Anrufen in den sechs Wochen davor). Die vom Stadtrat von Liverpool neu eingerichtete Hotline zur Meldung rassistisch motivierter Belästigungen verzeichnete ebenfalls eine steigende Zahl von Anrufen.⁸

d) Das Londoner Institut für Rassenbeziehungen (**Institute for Race Relations, IRR**) erfasst in seinem Informationsnetzwerk regelmäßig Daten aus dem gesamten Vereinigten Königreich.⁹ Nach den Aufzeichnungen des IRR kam es

⁵ Nähere Einzelheiten siehe unter <http://webmail.warwick.ac.uk/servlet/webacc?merge=linkurl&Url.linkText=http%3a%2f%2fwfw%2efindarticles%2ecom%2fp%2farticles%2fmi%5fq4158%2fis%5f20050803%2fai%5fn14826153%2fprint>.

⁶ Nähere Einzelheiten siehe unter <http://webmail.warwick.ac.uk/servlet/webacc?merge=linkurl&Url.linkText=http%3a%2f%2fthes%2escotsman%2ecom%2fprint%2ecfm%3fid%3d1725512005>.

⁷ Nähere Einzelheiten siehe unter <http://webmail.warwick.ac.uk/servlet/webacc?merge=linkurl&Url.linkText=http%3a%2f%2fnews%2ebbc%2eco%2euk%2f1%2fhi%2fscotland%2f4743159%2estm>.

⁸ Nähere Einzelheiten siehe unter <http://www.monitoring-group.co.uk/this%20week/four-fold-increase-in-mersey-racist-attacks.htm> (7. Oktober 2005).

⁹ Ausführliche Informationen des IRR sind abrufbar unter <http://www.irr.org.uk/2005/Juli/ha000017.html> (28. Juli 2005),

praktisch sofort zu Übergriffen, nachdem klar wurde, dass die Anschläge vom 7. Juli mit einem Terrorakt zusammenhängen und noch bevor die Täter identifiziert wurden. Innerhalb des Berichtszeitraums für diesen Bericht kam es im ganzen Land zu ähnlichen Vorfällen.¹⁰

- e) Laut Angaben der **Polizei in Nordwales** ist die Zahl der rassistisch motivierten Vorfälle in Wales seit den Bombenanschlägen vom 7. Juli in London erheblich gestiegen.¹¹
- f) Nach Auskunft des Rats für Rassengleichstellung in Südostwales (**South East Wales Race Equality Council, SEWREC**) hat die Zahl der Übergriffe seit den Bombenanschlägen in London erheblich zugenommen. Die Zahl der Anzeigen wegen Beschimpfungen sei von zehn pro Monat auf mehr als 30 in nur zwei Wochen gestiegen.¹²
- g) Die Monitoring Group (Überwachungseinheit) veröffentlicht laufend Berichte über einzelne rassistische Übergriffe¹³ und hat unmittelbar nach den Londoner Bombenanschlägen (7. Juli bis 20. Juli 2005) eine Übersicht über rassistisch motivierte Angriffe und Zwischenfälle erstellt¹⁴. Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es auch zu Angriffen auf Sikh-Tempel kam.¹⁵

Wie auch bei anderen Statistiken über rassistisch motivierte Straftaten ist davon auszugehen, dass die Zahl der tatsächlichen Angriffe und verbalen Beleidigungen erheblich höher sein dürfte. Darauf deuten beispielsweise die Ergebnisse einer MORI-Umfrage hin, die im Auftrag der für den Großraum London zuständigen Behörde durchgeführt wurde und auf einer repräsentativen Stichprobe mit 1 002 Teilnehmern beruht, die im Zeitraum vom 22. bis zum 26. September telefonisch befragt wurden.¹⁶ Nur 11 Prozent der Befragten, die rassistische Übergriffe selber miterlebt haben (98), zeigten diese bei der Polizei an. Bei der Frage, wie Betroffene zur Anzeige solcher Vorfälle bei der Polizei ermutigt werden könnten, erhielten die folgenden Aussagen die größte Zustimmung:

<http://www.irr.org.uk/2005/Juli/ha000013.html> (21. Juli 2005),

<http://www.irr.org.uk/2005/Juli/ak000008.html> (14. Juli 2005).

¹⁰ Eine aktuelle Liste ist abrufbar unter http://www.irr.org.uk/pdf/all_racial_violence_4.doc (5. Oktober 2005).

¹¹ Vollständige Informationen sind abrufbar unter http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/wales/4726355.stm.

¹² Vollständige Informationen sind abrufbar unter http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/uk_news/wales/south_east/4704593.stm (22. Juli 2005).

¹³ Beispiele dazu sind abrufbar unter http://www.monitoring-group.co.uk/News%20and%20Campaigns/this_months_news_stories.htm; sowie unter http://www.monitoring-group.co.uk/this%20week/racist_graffitti_leicester.htm (7. Oktober 2005).

¹⁴ http://www.monitoring-group.co.uk/this%20week/after_7_7/after_the_london_bombing.htm

¹⁵ Vollständige Informationen sind abrufbar unter <http://www.blink.org.uk/pdescription.asp?key=8030&grp=44>.

¹⁶ Alle Ergebnisse der Umfrage sind abrufbar unter http://www.london.gov.uk/mayor/consultation/docs/sep05_poll.pdf.

1. „Wissen, dass es etwas bringen würde“ (25 Prozent)
2. „Wenn man sich darauf verlassen könnte, dass sich die Polizei auch für Schwarze und ethnische Minderheiten einsetzt“ (21 Prozent)
3. „Wissen, dass man von der Polizei ernst genommen wird“ (20 Prozent)

1.3.2. Allgemeine Auswirkungen auf muslimische Gemeinschaften

In den Medien erschienen noch am Tag der Bombenanschläge in London und vor allem am nächsten Tag Berichte über mögliche Vergeltungsangriffe auf Muslime.¹⁷ In den Berichten hieß es, dass Mitglieder muslimischer Gemeinschaften Angst davor haben, zur Arbeit zu fahren oder sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen nahm breiten Raum in den Interviews ein, die die Medien mit Mitgliedern der muslimischen Gemeinde führten.¹⁸ Verschiedene Quellen berichteten, dass sich britische Muslime „unter Generalverdacht“ fühlten und fürchteten, für Bombenleger gehalten zu werden. Unter anderem erklärte Lord Ahmed, ein muslimischer Abgeordneter der Labour Party, dass viele Muslime im Norden Englands nach der irrtümlichen Erschießung von Jean Charles de Menezes glaubten, auch sie könnten von der Polizei bei einer Identitätsüberprüfung verwechselt werden.¹⁹ Viele Kommentatoren sahen hier eine Parallele zu der verstärkten Ablehnung von Muslimen und steigenden Zahl von Übergriffen auf Muslime nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und zu der Furcht, die sich nach den Bombenanschlägen auf die Vorortzüge in Madrid im März 2004 ausgebreitet hatte.

Nach Einschätzung von Trevor Phillips, Vorsitzender der Kommission für Rassengleichheit (Commission for Racial Equality, CRE) muss die Integration von Minderheiten wieder mehr Gewicht erhalten. Multikulturalismus sei, nachdem er viele Jahre selbstverständlich war, im Vereinigten Königreich offenkundig wieder ein Diskussionsthema.

Einer am 8./9. August im Auftrag der BBC durchgeführten MORI-Umfrage zufolge haben die Bombenattentate vom 7. Juli nicht zu einem drastischen Anstieg der Rassenintoleranz geführt.²⁰ Von den 1 004 befragten Personen²¹ waren 62

¹⁷ *The Guardian* am 8. Juli: „Muslim leaders fear backlash“ (Muslimische Führer fürchten Vergeltung), abrufbar unter <http://www.guardian.co.uk/terrorism/story/0,12780,1524173,00.html>. *Independent* am 8. Juli: „Muslims told not to travel as retaliation fears grow“ (Muslimen wird wegen möglicher Vergeltung von Reisen abgeraten). http://news.independent.co.uk/uk/this_britain/article297652.ece

¹⁸ *The Independent* am 12. Juli: „Muslim leaders warn of mounting Islamophobia after attacks on mosques.“ (Muslimische Führer warnen nach Angriffen auf Moscheen vor steigender Islamfeindlichkeit) <http://news.independent.co.uk/uk/crime/article298513.ece>.

¹⁹ Vollständige Informationen sind abrufbar unter http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/4714027.stm (25. Juli 2005).

²⁰ Nähere Einzelheiten sind abrufbar unter <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4137990.stm> (12. August 2005).

Prozent der Meinung, dass es sich in Großbritannien wegen seiner multikulturellen Vielfalt „besser leben lässt“. Allerdings sind auch 32 Prozent der Meinung, dass Multikulturalismus „die britische Lebensart bedroht“ und 54 Prozent finden, dass „man in einigen Landesteilen wegen der vielen Einwanderer den Eindruck habe, gar nicht mehr in Großbritannien zu sein“. Die überwiegende Mehrheit der Muslime – 89 Prozent – erfüllt es mit Stolz, wenn britische Mannschaften in internationalen Wettkämpfen gut abschneiden; dieser Prozentsatz ist in der übrigen Bevölkerung ähnlich hoch. Laut den Umfrageergebnissen sind ebenso viele Muslime wie Nichtmuslime der Meinung, dass Einwanderer Englisch lernen und die Weisungsbefugnis britischer Einrichtungen akzeptieren sollten. In der Umfrage waren 74 Prozent der Muslime der Meinung, dass Großbritannien Ausländer, die Terrorismus befürworten, abschieben oder ausweisen sollte, verglichen mit 91 Prozent in der Gesamtbevölkerung.

Laut einer späteren MORI-Umfrage, die vom 22. bis zum 26. September im Auftrag der Greater London Authority durchgeführt wurde, stimmen 64 Prozent der Londoner Einwohner der Aussage zu, dass „es sich in London dank seiner multikulturellen Vielfalt besser leben lässt“.²² 56 Prozent befürworteten ein Diskriminierungsverbot aus Gründen der Religion, während sich 32 Prozent gegen ein solches Verbot aussprachen. 77 Prozent waren mit der Reaktion der Londoner Polizei auf die Bombenanschläge zufrieden. In derselben Umfrage gaben 10 Prozent an, dass sie selbst oder ein Freund/Verwandter bereits Opfer von Feindseligkeiten oder Beschimpfungen wegen ihrer Rasse oder Religion gewesen seien.

Nach einer in der Online-Version des British Medical Journal veröffentlichten psychologischen Studie²³ fühlten sich die muslimischen Bewohner im Vergleich zu anderen Einwohnern der Hauptstadt wegen der Bombenanschläge vom 7. Juli in London deutlich mehr unter Stress. 61 Prozent der befragten muslimischen Pendler litten in den Tagen nach der ersten Anschlagserie auf das Verkehrssystem der Hauptstadt unter erheblichem Stress – dieser Prozentsatz ist fast doppelt so hoch wie bei den übrigen Bewohnern der Hauptstadt. Die Studie wurde vor der zweiten Anschlagserie am 21. Juli 2005 durchgeführt.

1.3.3. Sofortreaktion der Regierung und der Polizei

Die britische Regierung reagierte sehr schnell auf die Bombenanschläge und stellte klar, dass Vergeltungsmaßnahmen gegen muslimische Gemeinden (einzelne Personen, Gebäude, Unternehmen usw.) hart bestraft würden. Die Polizei betonte ebenfalls, dass sie entsprechende Übergriffe energisch und mit allen rechtlichen Mitteln verfolgen würde.

²¹ In der Umfrage wurden 1 004 Personen im Vereinigten Königreich befragt. Zum Vergleich wurde eine Wiederholungsumfrage unter 204 britischen Muslimen durchgeführt.

²² http://www.london.gov.uk/mayor/consultation/docs/sep05_poll.pdf.

²³ Weitere Einzelheiten hierzu siehe unter <http://www.irna.ir/en/news/view/line-22/0508267923182323.htm> (26. August 2005).

In seiner Erklärung zu den Anschlägen vom 7. Juli begrüßte der britische Premierminister Tony Blair ausdrücklich die Erklärung des Muslimischen Rats von Großbritannien (MCB) und legte Wert auf eine klare Differenzierung zwischen den Bombenlegern und der muslimischen Gemeinschaft als solcher.²⁴ In den Tagen danach traf der Premierminister mehrfach mit Führern der muslimischen Gemeinde zum Meinungsaustausch zusammen.

Das Innenministerium richtete eine spezielle Website mit nützlichen Links zu verschiedenen Informationsdiensten ein (mit Erklärungen zum Verhalten in Notfällen, zur vertraulichen Kontaktaufnahme, Informationen zur Unterstützung der laufenden Ermittlungen, Darstellung der von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Terrorbekämpfung usw.).²⁵ Innenminister Charles Clarke kritisierte den Sprachgebrauch in einigen Medien und rief sie dazu auf, die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht weiter zu schüren.

Laut Medienberichten verteilte der britische Verband der Polizeipräsidenten innerhalb von Stunden nach den Anschlägen Ratschläge zur Verhinderung von Vergeltungsmaßnahmen an die Polizeikräfte im ganzen Land. Darin wurde den Polizeikräften empfohlen, Kontakt zu „gefährdeten Gemeinden“ aufzunehmen.²⁶ Die Londoner Polizei wandte sich an die Organisationen der muslimischen Gemeinden und verstärkte ihre Polizeistreifen in den gefährdeten Gemeinden rund um Moscheen.²⁷ In einer Pressemitteilung vom 8. Juli betonte der britische Verband der Polizeipräsidenten: „Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass die Menschen, die diesen Anschlag verübt haben, Verbrecher sind. Ob sie nun ihre Taten mit ihrer Religion rechtfertigen oder nicht, ändert nichts an der Tatsache, dass sie einen Massenmord begangen haben. Dies wird von keiner Religion unterstützt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass keine Vergeltung an irgendeinem Teil der Bevölkerung geübt wird. Jegliche Vergeltung würde lediglich den Mördern in die Hände spielen. Die Polizei wird daher nicht nur Maßnahmen zur Verhütung von Vergeltungsaktionen ergreifen, sondern auch tatsächlich verübte Taten hart bestrafen.“²⁸

Unter den Reaktionen der örtlichen Behörden ist die Reaktion der Greater London Authorities, insbesondere die Reaktion des Bürgermeisters von London, Ken Livingstone, besonders beachtenswert. In seiner Erklärung vom 7. Juli lobte Ken Livingstone zunächst den kosmopolitischen Charakter Londons und rückte dann die Mitglieder von Minderheiten unter den Opfern mit den Worten in den Fokus, dass die Anschläge vom 7. Juli „den normalen, berufstätigen Stadtbewohnern schwarzer und weißer Hautfarbe, muslimischen und christlichen Glaubens, Hindus

²⁴ <http://www.number-10.gov.uk/output/Page7858.asp>.

²⁵ Diese Informationen sind abrufbar unter <http://www.homeoffice.gov.uk/terrorism>.

²⁶ <http://www.guardian.co.uk/attackonlondon/story/0,1524226,00.html>.

²⁷ Stellvertretender Londoner Polizeichef Brian Paddick auf einer Pressekonferenz am 10. Juli <http://cms.met.police.uk/met/layout/set/print/content/view/full/1263>.

²⁸ http://www.acpo.police.uk/pressrelease.asp?PR_GUID={2552488E-0254-4637-BD5D-8ACC8D856F0F}.

und Juden, jung und alt“ galten.²⁹ Nach den Anschlägen unterstützte der Bürgermeister die Anzeigenkampagne „7 Millionen Londoner, 1 London“ zur Förderung der Einheit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Londons, die an die Londoner Einwohner appelliert, „sich von Terrorakten nicht gegeneinander aufbringen zu lassen“.³⁰ Das Londoner Unterhaus (London Assembly) verabschiedete am 12. Juli einen Antrag, der die Anschläge vom 7. Juli verurteilte, zugleich aber auch für die Erhaltung der multikulturellen Vielfalt in London eintrat („Uniting to protect London's communities“ – Gemeinsam für den Schutz der Londoner Gemeinschaften).³¹

Vertreter aller Parlamentsfraktionen verurteilten ein am 9. Juli erschienenes Flugblatt für eine Kampagne der British National Party (BNP), das eine Luftaufnahme des von der Bombe zerfetzten Busses mit der Überschrift zeigte: „Vielleicht ist es an der Zeit, den Worten der BNP mehr Beachtung zu schenken“.

²⁹ http://www.london.gov.uk/view_press_release.jsp?releaseid=5306.

³⁰ Ausführliche Informationen sind abrufbar unter <http://www.london.gov.uk/onelondon/>.

³¹ http://www.london.gov.uk/view_press_release_a.jsp?releaseid=5326.

1.3.4. Reaktionen der britischen muslimischen Gemeinde auf die Bombenanschläge in London

Die Reaktion zahlreicher muslimischer Organisationen³² ließ nicht lange auf sich warten³³. Innerhalb von einer Stunde nach den Bombenanschlägen gaben muslimische Organisationen Erklärungen ab, in denen sie die Anschläge verurteilten. Die muslimischen Führer hoben auch hervor, dass diese Taten nicht von wahren Muslimen begangen wurden. Sir Iqbal Sacranie, Vorsitzender des Muslimischen Rates von Großbritannien (MCB), erklärte, dass dies kein islamisches Problem sei, da ein wahrer Muslim niemals solche Taten verüben würde, weil sie mit dem islamischen Glauben nicht vereinbar seien.³⁴ Sayed Aziz Pasha, der im Namen der Union muslimischer Organisationen im Vereinigten Königreich und in Irland (Union of Muslim Organisations of UK & EIRE) sprach, bot „den Behörden Unterstützung bei der Ausrottung des Terrorismus auf britischem Boden“ an. Am 18. Juli veröffentlichten über 500 Religionsführer der britischen Muslime eine *Fatwa* mit dem Titel „Nicht in unserem Namen“, in der sie erklärten, dass die Londoner Bombenanschläge gegen die Lehre des Islams verstoßen, und ihre Entschlossenheit betonten, „mit allen Teilen der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, um extremistische Zellen jeglicher Couleur in Großbritannien auszurotten“.³⁵ Die internationale Wohltätigkeitsorganisation „Islamic Relief Worldwide“ mit Sitz in Großbritannien überwies eine Spende an den Relief Charitable Fund, einem Hilfsfonds, der nach den Anschlägen vom Bürgermeister der Stadt zusammen mit dem britischen Roten Kreuz für die Opfer der Anschläge und ihre Familien eingerichtet worden war.³⁶

In ihren Treffen mit Premierminister Tony Blair, Innenminister Charles Clarke und dem Londoner Polizeichef Sir Ian Blair zeigten sich hochrangige muslimische Führer entschlossen, dem gewaltbereiten Extremismus in ihren Gemeinden entgegenzutreten und bei der Terrorbekämpfung zusammenzuarbeiten.³⁷

³² Unter anderem: Muslim Council of Britain (MC), Union of Muslim Organisations of UK & EIRE, Muslim Council of Britain & Churches Together in Britain & Ireland, National Assembly Against Racism and Muslim Council of Britain, Muslim Association of Britain, The Islamic Society of Britain, Lancashire Council of Mosques, Council of Indian Muslims UK, Anjuman-e-Ja'fariyya Shia Ithna Ashari Muslim Community of Watford, Harrow Islamic Centres & Mosques, Muslim Charity Interpal, Stop Political Terror Coalition, Bristol Muslim Cultural Society, Hizb ut-Tahrir Britain, The Muslim Jewish Forum of North London, UK Islamic Mission, Welfare Trust International, Liberal Democrat Muslims Forum, Muslim Welfare House, Da'watul Islam UK & Eire, Federation of Student Islamic Societies (FOSIS), AhlulBayt Islamic Mission UK, Islamic Foundation, The National Association of British Arabs, Kashmiri and Pakistani Professionals Association, der Generaldelegierte Palästinas im Vereinigten Königreich, International Forum for Islamic Dialogue, East London Mosque and the Islamic Forum Europe (IFE), Oldham Mosques Council, Friends of Al-Aqsa, Worthing Islamic Society.

³³ <http://www.muslimnews.co.uk/paper/index.php?article=2051> (1. August 2005).

³⁴ Diese Informationen sind abrufbar unter <http://www.muslimnews.co.uk/news/news.php?article=9550> (14. Juli 2005).

³⁵ http://www.iccuk.org/downloads/muslims_for_britain_campaign_guardian_final.pdf.

³⁶ http://www.london.gov.uk/view_press_release.jsp?releaseid=5384.

³⁷ Eine Liste der muslimischen Führer, die an diesen Gesprächen mit der Regierung und der Polizei teilnahmen, wurde vom *Independent* veröffentlicht: <http://news.independent.co.uk/uk/crime/article300345.ece>.

Zugleich warnten alle größeren muslimischen Organisationen vor möglichen antimuslimischen Vergeltungsaktionen und erinnerten an ähnliche Situationen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Anschlägen vom 11. März 2004 in Madrid. In einer am 7. Juli auf der Website der Islamischen Menschenrechtskommission (Islamic Human Rights Commission, IHRC) veröffentlichten Erklärung wurden Muslime vor unnötigen Reisen gewarnt und aufgefordert, Vorsichtsmaßnahmen wegen möglicher Vergeltung zu ergreifen. Am 11. Juli richtete der MCB eine Mitteilung an britische Imame und muslimische Organisationen, in der Muslime aufgefordert wurden, islamfeindliche Angriffe oder Beschimpfungen sofort bei den örtlichen Polizeibehörden anzuzeigen, und informierte die Gemeinde, dass die Polizei ihre Streifen verstärkt habe, um den Muslimen mehr Schutz und Sicherheit zu bieten.³⁸ Am 25. Juli richtete der MCB eine telefonische Hotline für Muslime zur Meldung rassistischer Übergriffe (Incident Monitoring Service) ein, um zu gewährleisten, dass die „Gemeinschaft die volle Unterstützung und den vollen Schutz der Strafverfolgungsbehörden und anderen Regierungsstellen erhält“.³⁹

1.4. ÜBERSICHT ÜBER DIE BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN

In der Zeit unmittelbar nach dem 7. Juli legte die Presse allgemein großen Wert auf eine ausgewogene und objektive Berichterstattung, indem sie beispielsweise betonte, dass auch Muslime zu den Opfern der Bombenanschläge gehörten.⁴⁰

Bereits am 7. Juli wurde in großformatigen Artikeln vor möglichen Vergeltungsaktionen gegen Muslime gewarnt, gefolgt von ausführlichen Berichten über den Anstieg von Hassverbrechen gegen die muslimische Gemeinde in den Wochen danach.⁴¹

Nachdem sich jedoch herausstellte, dass die Bombenleger vom 7. Juli in Großbritannien geborene Muslime waren, verschob sich der Fokus in der Berichterstattung zu Fragen der Integration und der Radikalisierung von Mitgliedern der muslimischen Gemeinde in Großbritannien. Als verschiedene Medien später berichteten, dass einigen mutmaßlichen Attentätern der Anschläge vom 21. Juli die britische Staatsbürgerschaft verliehen worden war und nicht-britische religiöse Extremisten ihren Wohnsitz im Vereinigten Königreich hätten und den Islam benutzen, um Hass zu säen, und dabei den Schutz der britischen Menschenrechtsgesetze für sich beanspruchten, wurde die Debatte auf Fragen der

³⁸ Die Mitteilung des MCB ist abrufbar unter http://www.mcb.org.uk/sh_11july.pdf.

³⁹ http://www.mcb.org.uk/mcbdirect/feature.php?ann_id=1068.

⁴⁰ Im *Independent* erschien am 9. Juli das Bild eines der muslimischen Opfer auf der Titelseite mit der Überschrift „Shahara Akther Islam war eine lebensfrohe 20-jährige Muslimin, die ihr ganzes Leben noch vor sich hatte“. http://news.independent.co.uk/uk/this_britain/article297924.ece.

⁴¹ Siehe z. B. *Guardian* am 8. Juli „Muslim leaders fear backlash“ (Muslimische Führer fürchten Vergeltungsmaßnahmen) <http://society.guardian.co.uk/emergencyplanning/story/0,,1524166,00.html>.

Einwanderung, Wohnsitzrechte und Menschenrechtsgesetze ausgeweitet. Einige Medien rückten bei der Festnahme von zwei Verdächtigten der misslungenen Bombenanschläge vom 21. Juli Themen wie Verrat und Undankbarkeit gegenüber dem Gastgeberland in den Vordergrund. Zudem verschob sich der Fokus auf muslimische Gemeinden und ihre „Gemeindeführer“. Die Kernfragen waren dabei die Glaubwürdigkeit einiger Führer von muslimischen Gemeinden und was getan werden kann, um junge Selbstmordattentäter künftig an der Verübung solcher Taten zu hindern.

Innerhalb der muslimischen Gemeinde und in anderen Kreisen wurde aufgrund der Medienberichte zeitweilig eine Verschärfung der Situation befürchtet. In einer Mitteilung an britische Imame und muslimische Organisationen vom 11. Juli 2005 kritisierte der Vorsitzende des MCB, Sir Iqbal Sacranie, einige Medien wegen der Verbreitung „islamfeindlicher Propaganda“ und teilte ihnen mit, dass der Innenminister auf Wunsch des MCB an die Medien ein Schreiben mit der Bitte gerichtet habe, mehr Zurückhaltung zu üben.⁴²

Im Großen und Ganzen blieb die Objektivität in den Medienberichten jedoch weitgehend gewahrt, wobei im ganzen Land ein deutlicher Trend zur Berichterstattung über Vorfälle verzeichnet wurde. Einige Medien veröffentlichten Artikel gemäßigter Muslime und gaben Opfern von Islamfeindlichkeit Gelegenheit, über ihre Sorgen und Nöte zu berichten.

Zeitungen wie *The Guardian* und *Independent* veröffentlichten nach den Londoner Bombenanschlägen ausführliche Sonderberichte, führten Gespräche mit verschiedenen Personen und boten ihnen Gelegenheit zur Darstellung ihrer (gemäßigten) Standpunkte.⁴³ Beispielsweise befasste sich ein Bericht mit dem Titel „Mistaken Identity“ (Falsch verstandene Identität) mit den Auswirkungen der Ereignisse auf Asiaten nichtmuslimischen Glaubens, wie Sikhs und Hindus. Insbesondere wurde die Frage in den Raum gestellt, wie nichtmuslimische Asiaten zu Opfern und Zielscheiben rassistisch motivierter Straftaten werden konnten.⁴⁴

⁴² Die Mitteilung des MCB ist abrufbar unter http://www.mcb.org.uk/sh_11july.pdf.

⁴³ Z.B. <http://news.independent.co.uk/uk/crime/article304283.ece>.

⁴⁴ Dieser Bericht ist abrufbar unter <http://www.guardian.co.uk/race/story/0,11374,1562862,00.html> (7. Oktober 2005).

1.5. INITIATIVEN WICHTIGER INTERESSENGRUPPEN IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH (nationale Regierung, örtliche Behörden, Polizei und muslimische Gemeinde) ZUR BEKÄMPFUNG VON ISLAMFEINDLICHKEIT UND ZUR STÄRKUNG DES ZUSAMMENHALTS

1.5.1. Initiativen der Regierung und der muslimischen Gemeinschaft nach den Anschlägen

Nach einem Gipfeltreffen am 20. Juli 2005, zu dem der britische Premierminister und der Innenminister eingeladen hatten und an dem führende Vertreter der muslimischen Gemeinschaft teilnahmen, wurden im Wesentlichen zwei Initiativen zur Erörterung weiterer Maßnahmen gestartet:

- Staatsminister des Innenministeriums trafen im Sommer mehrmals mit Vertretern der muslimischen und anderer Gemeinschaften im ganzen Land zu einem Meinungsaustausch zusammen.
- Der Innenminister veranlasste die Bildung von sieben Arbeitsgruppen, denen Führer der muslimischen Gemeinde und islamische Gelehrte sowie Beamte des Innenministeriums angehörten und die Vorschläge zur Stärkung des Zusammenhalts und zur Bekämpfung des Extremismus entwickeln sollten.

Die Sommersitzungen fanden unter dem Vorsitz der Staatsminister im Innenministerium Hazel Blears und Paul Goggings statt. Polizeibehörden, Gemeinderäte, Mitglieder von Glaubensgemeinschaften und lokale Unterhausabgeordnete wurden zur Teilnahme an diesen Sitzungen eingeladen. Auf der Tagesordnung jeder Sitzung standen Themen wie die Einbeziehung von Jugendlichen und Frauen, die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung, Sicherheit und Polizeiarbeit, Imam-Schulungen, die Akkreditierung und Rolle von Moscheen sowie Bildungsfragen.⁴⁵ Laut Hazel Blears dienten diese Sitzungen dazu, mit muslimischen Führern und Aktivisten „Möglichkeiten zu sondieren, wie die Regierung gemeinsam mit der muslimischen Gemeinde den Terrorismus bekämpfen kann“.⁴⁶ Am Ende der Sommersitzungen wurden verschiedene Vorschläge, beispielsweise eine Untersuchung der Ursachen für die Bombenanschläge in London und die Aufnahme von Staatsbürgerkunde als Unterrichtsfach an islamischen Schulen, vorgelegt und die Islamfeindlichkeit in den Medien beklagt.

⁴⁵ <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4731871.stm> (31. Juli 2005).

⁴⁶ Siehe den Bericht von Hazel Blears an ihren Wahlkreis unter <http://www.hazelblears.labour.co.uk/ViewPage.cfm?Page=6810> (6. Oktober 2005).

Ergänzend zu diesem Beratungsprozess erörterten die sieben von der Regierung gebildeten Arbeitsgruppen die folgenden Themen:

1. Einbeziehung der Jugend
2. Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung
3. Unterstützung regionaler und lokaler Initiativen und Gemeinschaftsaktionen
4. Einbeziehung von Frauen
5. Schulung und Akkreditierung von Imamen sowie die Rolle der Moscheen als Glaubensquelle für die gesamte Gemeinde
6. Bereitstellung umfassender Bildungsdienstleistungen im Vereinigten Königreich, die auf die Erfordernisse der muslimische Gemeinde zugeschnitten sind
7. Sicherheit, Islamfeindlichkeit, Schutz der Muslime vor Extremismus und Vertrauen der Gemeinde zur Polizei

Am 22. September 2005 legten die Arbeitsgruppen ihre Vorschläge vor. Darunter fanden sich auch die folgenden Vorschläge, die vom britischen Innenminister besonders begrüßt wurden⁴⁷:

- Einrichtung eines nationalen Beirats (National Advisory Council) für Imame und Moscheen: Dieser soll Moscheen Empfehlungen geben, wie sie verhindern können, von Extremisten instrumentalisiert zu werden; wie sie ihre Abhängigkeit von Religionsministern aus dem Ausland verringern, Maßstäbe setzen und den Zusammenhalt und die Führungsfähigkeiten von Imamen verbessern können.
- Schaffung eines nationalen Forums gegen Extremismus und Islamfeindlichkeit: Diese unabhängige Initiative würde ein regelmäßiges Forum für verschiedene Mitglieder der britischen muslimischen Gemeinde zur Erörterung von Themen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und Extremismus schaffen, die sich auf die muslimische Gemeinde auswirken; sie könnte unter anderem angesehene Gelehrte und Aktivisten einbeziehen und den Zugang zur Regierung zum Erfahrungs- und Wissensaustausch sicherstellen.
- Landesweite „Roadshow“ mit einflussreichen, volksnahen Religionsgelehrten: Darin könnten der westlichen Welt die Lehre des Islams erklärt und zugleich der Extremismus verurteilt werden.

In seiner Reaktion auf diese Vorschläge erklärte Innenminister Charles Clarke: „Seit Juli haben wir ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm auf den Weg gebracht, um die muslimischen Gemeinden dazu zu ermutigen, dem Problem des Extremismus zu begegnen. (...) Die Regierung kann den Extremismus aber nicht im Alleingang bekämpfen. (...) Wir freuen uns darauf, den Dialog mit den muslimischen Gemeinden fortzusetzen und sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen.“

⁴⁷ Nähere Einzelheiten dazu sind abrufbar unter: [der Link ist korrekt; dem Autor des Innenministeriums ist beim Wort „Tackling“ ein Schreibfehler unterlaufen]
<http://www.homeoffice.gov.uk/about-us/news/tackling-extremism> (7. Oktober 2005).

Vertreter muslimischer Organisationen, von denen viele bereits an den Arbeitsgruppen teilgenommen hatten, begrüßten die der Regierung vorgelegten wesentlichen Empfehlungen auf breiter Front.⁴⁸ Lord Ahmed nahm zum Vorschlag für den Nationalen Beirat der Imame und Moscheen mit folgenden Worten Stellung: „Ich freue mich sehr, dass die muslimische Gemeinde im gesamten Vereinigten Königreich die Bereitschaft zeigt und die Herausforderung annimmt, neue Wege zu beschreiten und Strategien zu entwickeln, die die Zukunft gestalten und den Herausforderungen einer modernen britischen Gesellschaft gerecht werden. Als britische Muslime müssen wir darauf vorbereitet sein, unsere Organisationsstrukturen zu modernisieren, die Integration zu fördern und unsere Kinder mit Stolz zu erfüllen, britische Staatsbürger zu sein.“⁴⁹

Gleichzeitig kündigte das Innenministerium Beratungen über Vorschläge für eine Kommission zu Fragen der Integration und Kohäsion an, d. h. ein beratendes Gremium, das sich auf die Ermittlung und Umsetzung von Möglichkeiten zur Überwindung der Integrationsbarrieren konzentriert.⁵⁰ Der Premierminister wurde mit den Worten zitiert, dass er hoffe, die Kommission könne Empfehlungen für eine bessere Integration von Teilen der muslimischen Gemeinschaft geben, ohne sie an der freien Ausübung ihrer Kultur und Religion zu hindern.⁵¹

Die Kommission soll zunächst zeitlich befristet eingesetzt werden und bis Juli 2006 einen Bericht vorlegen. Im Anschluss an die Sondersitzungen hält die Kommission öffentliche Sitzungen im ganzen Land ab und wird sich um die aktive Einbeziehung junger Menschen sowie Personen bemühen, die bislang wenig Gelegenheit haben, sich an dieser Art von Debatte zu beteiligen.

Nach den Plänen des Innenministeriums sollte sich die Kommission mit den folgenden vier Fragestellungen befassen:

- Wie kann ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl geschaffen werden, das alle Gemeinschaften einschließt?
- Wie kann ein gemeinsames Bekenntnis zu kulturellen Normen und Verhaltensweisen geschaffen werden, insbesondere bei Personen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und kultureller Identitäten?
- Wie können Ungleichheiten, die Menschen unter Umständen an den Rand der Gesellschaft drängen, entschlossener bekämpft werden?
- Wie können Gemeinschaften, die ein abgeschottetes Leben führen, dazu ermuntert werden, sich in der Gesellschaft umfassender zu engagieren?

Der Innenminister wandte sich mit diesen Fragen an Glaubensführer und andere wichtige Interessengruppen mit der Bitte, sich zur Aufgabenstellung und Mitgliedschaft in der Kommission zu äußern. Derzeit wird der Rahmen für die

⁴⁸ Siehe dazu die Pressemitteilung des MCB unter

http://www.mcb.org.uk/presstext.php?ann_id=163 (7. Oktober 2005).

⁴⁹ <http://www.homeoffice.gov.uk/about-us/news/tackling-extremism> (7. Oktober 2005).

⁵⁰ http://news.independent.co.uk/uk/this_britain/article314259.ece.

⁵¹ Diese Informationen sind abrufbar unter

<http://www.guardian.co.uk/race/story/0,11374,1575384,00.html> (6. Oktober 2005).

Aufgaben der Kommission abgesteckt; Ziel ist es, das erste Treffen bereits im Dezember 2005 abzuhalten.

1.5.2. Weitere (vor den Anschlägen in London eingeleitete) Regierungsiniciativen zur Förderung des Zusammenhalts in den Gesellschaft

Die britische Regierung hat eine Reihe weiterer Initiativen eingeleitet, die nicht direkt mit den Anschlägen vom 7. Juli verknüpft sind, jedoch zu den übergeordneten Zielen der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und der Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft beitragen können.⁵²

Der im Jahr 2004 veröffentlichte Bericht „Working Together: Co-operation between Government and Faith Communities“ (Wege der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und Glaubensgemeinschaften)⁵³ skizzierte eine Strategie zur Verstärkung der Beratungen zwischen der Regierung und Glaubensgemeinschaften. Die Lenkungsgruppe arbeitet derzeit an der Veröffentlichung eines Fortschrittsberichts auf der Website des Innenministeriums.

Die Strategie der Regierung zur Verbesserung der Rassengleichstellung und des Zusammenhalts in der Gesellschaft wurde im Januar 2005 veröffentlicht.⁵⁴ Sie konzentriert sich insbesondere auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen und sieht Programme vor, die auf die Erfordernisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zugeschnitten sind. Sie signalisiert die Absicht der Regierung, der Stärkung der Gesellschaft mehr Gewicht zu verleihen, indem sie Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenbringt und Menschen unterstützt, die sich für die Gesellschaft engagieren und sich Rassismus und Extremismus entgegenstellen.

Ein Bestandteil dieser Strategie ist der Fonds „Faith Communities Capacity Building Fund“. Mit insgesamt 5 Mio. £, die in diesen Sektor investiert werden, verfolgt der Fonds das Ziel, das staatsbürgerliche Engagement innerhalb von Glaubensgemeinschaften und die Beziehungen zwischen den Glaubensgemeinschaften zu verbessern. Besondere Priorität erhalten Projekte für den Kompetenzaufbau von Jugendlichen und Frauen innerhalb der Glaubensgemeinschaften; eine weitere Priorität gilt Projekten, die in den 88 am stärksten benachteiligten Gebieten und in den 50 Gebieten mit der größten Glaubensvielfalt durchgeführt werden.

⁵² Nähere Informationen zur Gesamtstrategie der britischen Regierung für Rassengleichstellung und den Zusammenhalt in den Gemeinden sowie weitere Initiativen mit Glaubensgemeinschaften sind abrufbar unter

<http://communities.homeoffice.gov.uk/raceandfaith/>.

⁵³ Siehe das Dokument unter <http://www.homeoffice.gov.uk/documents/workingtog-faith040329.pdf>.

⁵⁴ Siehe das Dokument unter http://www.homeoffice.gov.uk/documents/race_improving_opport.pdf.

1.5.3. Initiativen der Polizei

Um der Verunsicherung in den Gemeinschaften nach den Anschlägen vom 7. Juli entgegenzuwirken, entwickelte die Londoner Polizei (MET) die Strategie „Communities Together“.⁵⁵ Im Rahmen dieser Strategie veröffentlicht die Londoner Polizei zweimal in der Woche das Mitteilungsblatt „Communities Together“, das Gemeinschaften Gelegenheit bietet, Informationen in elektronischem Format an die Polizei zurückzuschicken. Außerdem wurde ein Merkblatt erstellt, das Einzelheiten zu Organisationen enthält, darunter Organisationen von Minderheitengemeinschaften, die Opfern von Vorurteilen oder Hassverbrechen helfen können. Die Londoner Polizei betreibt auch einen polizeilichen Nachrichtendienst mit Sicherheitswarnungen per E-Mail oder SMS-Nachrichten.⁵⁶ Zusammen mit dem Bürgermeisteramt richtete die Londoner Polizei eine „Communities Together“-Hotline ein, die „insbesondere Gemeinden, die sich nach den Terroranschlägen bedroht fühlen“⁵⁷, Hilfestellung, Beratung und Betreuung bietet. Die Londoner Polizei ermutigte Mitglieder von Minderheitengemeinschaften, sich im Bedarfsfall an die Hotline zu wenden.⁵⁸ Das Call-Center ist mit Polizisten, Polizeibeamten und freiwilligen Hilfskräften besetzt. Eine spezielle Einsatztruppe (Cultural and Communities Resource Unit) der Londoner Polizei ist bei der Ermittlung von Polizeikräften zur Unterstützung der freiwilligen Helfer behilflich. Die Beamten und freiwilligen Helfer bieten Beratung und Informationen mit dem Ziel, „das Verständnis untereinander zu verbessern, Vertrauen in der Gemeinde aufzubauen und sich der Themen und Spannungen in der Gemeinde anzunehmen“. Wo dies angebracht ist, schalten sie auch Partnerorganisationen wie die Kommission für Rassengleichheit (CRE) ein.

An die Polizei in Nottinghamshire wurden grüne Bänder verteilt, die ein Symbol für den Glauben an Muslime als ein friedliches Volk darstellen und Solidarität mit der muslimischen Gemeinde nach der steigenden Zahl rassistisch motivierter Angriffe seit dem 7. Juli zum Ausdruck bringen sollen. Die Initiative für das „Good Faith“-Band wird vom Polizeipräsidenten Steve Green unterstützt, der erklärte, dass die muslimischen Bürger in Nottinghamshire „sich durch die rassistischen Übergriffe eingeschüchert und gelegentlich auch geächtet fühlen, weil die weiße Bevölkerung jeden Menschen mit einem braunen Gesicht zu verdächtigen scheint, ein Selbstmordattentäter zu sein“.⁵⁹ Auch hier sollte nicht unerwähnt bleiben, dass diese Initiative von verschiedenen Teilen der Medien ins Lächerliche gezogen wurde.

⁵⁵ Ausführliche Einzelheiten sind abrufbar unter http://www.met.police.uk/communities_together/

⁵⁶ <http://www.police.uk/services/mb/default.asp>.

⁵⁷ Ausführliche Informationen sind abrufbar unter http://cms.met.police.uk/news/policy_organisational_news_and_general_information/partnership_s/communities_advice.

⁵⁸ http://cms.met.police.uk/news/major_operational_announcements/terrorist_attacks/the_communities_together_help_and_advice_line.

⁵⁹ <http://news.bbc.co.uk/1/hi/england/nottinghamshire/4144368.stm> (12. August 2005).

Die britische Polizei hat auch einen Dienst zur Meldung von Nichtnotfalldelikten und Hassverbrechen/Übergriffen für alle Polizeibehörden des Vereinigten Königreichs eingerichtet, der in Englisch und Walisisch unter <http://www.online.police.uk/english/default.asp> online verfügbar ist.

1.5.4. Initiativen der örtlichen Behörden

Nach den Londoner Bombenanschlägen haben viele örtliche Behörden verschiedene Überwachungsdienste eingerichtet, um allen Einwohnern ihrer Kommunen klar zu machen, dass keinerlei diskriminierende oder rassistische Handlungen geduldet würden. Beispielsweise hat der Stadtrat von Birmingham ein Meldesystem zur Selbstanzeige („Hate Crime Reporting“) für Opfer oder Zeugen von Hassverbrechen eingerichtet.⁶⁰ Dieses System wird im Rahmen der Partnerschaft zur Sicherheit in den Gemeinden (Community Safety Partnership) zusammen mit der örtlichen Polizei betrieben.

Am 8. September leitete das Londoner Unterhaus Ermittlungen zu den Bombenanschlägen von London ein. Im Mittelpunkt der Ermittlungen stehen die Erfahrungen der Londoner Bürger und Besucher der Hauptstadt, die in diese Ereignisse verwickelt wurden, sowie Fragen der Kommunikation.⁶¹ Der britischen Anlaufstelle wurde mitgeteilt, dass diese Ermittlungen für alle Londoner (Muslime und Nichtmuslime) offen seien, unabhängig davon, ob sie direkt oder zufällig an den Ereignissen vom 7. und 21. Juli beteiligt waren. In Bezug auf Muslime soll dabei unter anderem ermittelt werden, wie sich diese Ereignisse auf das Leben der Muslime ausgewirkt haben. Der ausführliche Bericht mit den Lehren für die Zukunft soll Ende Januar 2006 vorgelegt werden.

Der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone sowie Vertreter der Organisationen der Muslime und der Sikh, Mitglieder des Unterhauses, Gewerkschaftler und Rechtsanwälte äußerten die Sorge, dass manche der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung Minderheitengemeinschaften weiter an den Rand der Gesellschaft drängen könnten. Einer gemeinsamen Presseerklärung zufolge wollen die Unterzeichner „gewährleisten, dass die vom Parlament oder von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung keine Menschen ausgrenzen oder kriminalisieren, die Terrorangriffe wie die vom 7. Juli verurteilen, und die Gemeinden zur Zusammenarbeit mit der Polizei ermutigen, um die Täter ausfindig zu machen“.⁶²

⁶⁰ Einzelheiten über diesen Dienst sind abrufbar unter http://www.birmingham.gov.uk/GenerateContent?CONTENT_ITEM_ID=33429&CONTENT_ITEM_TYPE=0&MENU_ID=13500&EXPAND=240 (6. Oktober 2005).

⁶¹ Die Pressemitteilung des Londoner Unterhauses (8. September 2005) ist abrufbar unter http://www.london.gov.uk/view_press_release.jsp?releaseid=5630, *London attack inquiry launched by Assembly* (06/10/2005).

⁶² Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone, die Direktorin der Bürgerrechtsbewegung Liberty Shami Chakrabarti, Sir Iqbal Sacranie, der Vorsitzende des Muslimischen Rats von Großbritannien, Muslim Association of Britain, Politiker der Labour Party, LibDem, Green Party und Scottish National Party, Autoren und Journalisten, die Generalsekretäre von vier nationalen Gewerkschaften, Vertreter verschiedener

1.6. CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE, DIE ZU DEN MASSNAHMEN UND INITIATIVEN VON REGIERUNG, POLIZEI, MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN UND MEDIEN GEFÜHRT HABEN

Die folgenden Informationen sollen unter anderem zeigen, wie wichtig die schnelle Einleitung von Maßnahmen und Initiativen durch Regierung, Polizei, muslimische Organisationen, Medien und religionsübergreifende Unterstützungsnetze gewesen ist, um Übergriffen entgegenzuwirken, Eskalationen zu vermeiden und der Entstehung von Trends vorzubeugen.

Donnerstag 7. Juli: Vier Bomben explodieren in London während des morgendlichen Berufsverkehrs. Drei Bomben explodieren um 8.50 Uhr [britische Normalzeit] in den Londoner U-Bahn-Stationen Russell Square, Edgware Road und Aldgate. Die vierte Bombe explodiert um 9.47 Uhr auf dem Oberdeck eines Busses der Linie 30 am Tavistock Place. Über 50 Menschen werden bei den Anschlägen getötet, darunter auch die vier mutmaßlichen Bombenattentäter, weitere 700 Personen werden verletzt. Eine bislang unbekannte Gruppe, die sich selbst mit dem Netzwerk Al-Qaida in Verbindung bringt, bekennt sich zu den Anschlägen.

Der Muslimische Rat von Großbritannien (MCB) veröffentlicht zusammen mit vielen weiteren muslimischen Organisationen (eine umfassende Liste dazu siehe Abschnitt 1.3.4) eine Erklärung, in der er die „wahllosen Terrorakte vom heutigen Tage aufs Schärfste verurteilt“⁶³. Außerdem veröffentlichte der MCB zusammen mit der Organisation „Churches Together in Britain and Ireland“ (CTBI, Zusammenschluss der Kirchen in Großbritannien und Irland) eine gemeinsame Erklärung, in der beide Organisationen ihr tiefes Mitgefühl zum Ausdruck bringen, die Anschläge in London verurteilen und erklären, dass heilige Schriften nicht zur Rechtfertigung solcher Verbrechen benutzt werden können, da sie der muslimischen und christlichen Lehre zuwiderlaufen.⁶⁴

Premierminister Tony Blair veröffentlicht eine Erklärung zu den Anschlägen in London, in der er auch die Erklärung des Muslimischen Rates von Großbritannien begrüßt.⁶⁵

Gemeinschaftsorganisationen und Glaubensgruppen, Bürgerrechtler und Studentenführer. Siehe die Pressemitteilung des Londoner Bürgermeisters (26. August 2005) unter http://www.london.gov.uk/view_press_release.jsp?releaseid=5565, *Only united communities will defeat terrorism and protect civil liberties* (06.10.2005) (6. Oktober 2005).

⁶³ http://www.mcb.org.uk/presstext.php?ann_id=150.

⁶⁴ http://www.mcb.org.uk/presstext.php?ann_id=151.

⁶⁵ <http://www.number10.gov.uk/output/Page7858.asp>.

Die Islamische Menschenrechtskommission (Islamic Human Rights Commission, IHRC) mit Sitz in London verurteilt die Angriffe und empfiehlt Muslimen aus Sorge vor Vergeltungsaktionen, ihre Häuser in nächster Zeit nur zu verlassen, wenn sich dies absolut nicht vermeiden lässt.⁶⁶

Freitag, 8. Juli: Anhänger großer Glaubensgemeinschaften aus dem Osten Londons, darunter Christen, Juden und Muslime, versammeln sich in Aldgate, wo die Bombe explodiert ist, um Einigkeit zu demonstrieren.

Es gibt erste Berichte über Brandanschläge in mehreren Moscheen des Landes und in einem Sikh-Tempel, körperliche Angriffe und verbale Beschimpfungen, die sich überwiegend gegen britische Muslime richten.

Samstag, 9. Juli: Der Londoner Polizei wurden in den vergangenen drei Tagen 180 rassistisch motivierte Vorfälle gemeldet, darunter 58 glaubensmotivierte Straftaten.⁶⁷ Die an muslimischen Gemeinden geübte Vergeltung wegen der Anschläge vom 7. Juli wird in vielen Medien thematisiert. Abgesehen von Angriffen auf Moscheen verzeichnet der Muslimische Rat von Großbritannien (MCB) 3 000 Hassbotschaften.⁶⁸

Premierminister Tony Blair lobt im landesweiten Rundfunk das Verhalten der Londoner Einwohner. Er bringt seinen Stolz über die offene britische Gesellschaft mit ihrer Vielfalt an Rassen und Religionen zum Ausdruck und erklärt, dass sich Großbritannien von den Anschlägen nicht spalten lassen wird.

Die British National Party (BNP) veröffentlicht während einer Kampagne für die bevorstehenden Ratswahlen in Essex ein Foto des zerstörten Busses mit der Schlagzeile „Vielleicht ist es an der Zeit, den Worten der BNP mehr Beachtung zu schenken“.

Um ein deutliches Signal für die Unterscheidung zwischen britischen Muslimen und den Bombenlegern zu setzen, zeigt der *Independent* auf der Titelseite das Foto von Shahara Akther Islam, einer 20-jährigen britischen Muslimin, die bei den Londoner Bombenanschlägen getötet wurde. In einem Artikel mit der Überschrift „Hallo Bombenattentäter... und willkommen in Londonistan“ greift eine Boulevardzeitung Politiker an und fordert dazu auf, das Gesetz über die Menschenrechte abzuschaffen und Moscheen extremistischer Gruppierungen zu schließen.⁶⁹

Sonntag, 10. Juli: Britische Religionsführer veröffentlichen in seltener Einmütigkeit eine gemeinsame Erklärung, in der sie die „gottlosen

⁶⁶ <http://www.ihrc.org.uk/show.php?id=1410>.

⁶⁷ http://www.monitoring-group.co.uk/this%20week/after_7_7/after_the_london_bombing.htm.

⁶⁸ *Daily Express*, 9. Juli 2005, S.11. Es herrscht Uneinigkeit über die genaue Zahl der antimuslimischen Botschaften. Nach Angaben von Mustafa El-Menshawy erhielt der MCB bis zum 22. Juli 2005 1 000 Hassbotschaften.

⁶⁹ Richard Littlejohn, <http://www.thesun.co.uk/>.

Terroranschläge“ in London verurteilen. Führer der christlichen, muslimischen und jüdischen Glaubensgemeinschaft verlesen nacheinander Teile der Erklärung.⁷⁰

Ein Muslim wird von einer Bande Jugendlicher in Nottingham zu Tode geprügelt. Die Medien berichten, dass sie dabei antiislamische Beschimpfungen ausstießen.⁷¹

Montag, 11. Juli: Nach Angriffen auf zwei Moscheen am 8. Juli und 10. Juli ruft die Polizei in Bristol die Bevölkerung dazu auf, Ruhe zu bewahren.

Führende Polizeibeamte, Politiker und 200 Gemeindevertreter aus ganz London treffen zusammen, um die Bombenanschläge und ihre Reaktion darauf zu erörtern.

Trevor Phillips, der Vorsitzende der Kommission für Rassengleichheit (CRE), weist darauf hin, dass die Opfer der Bombenanschläge aus allen in London vertretenen Gemeinschaften stammen. Er sagt, dass die Bombenattentäter es darauf abgesehen hätten, „diese Stadt, die ein Schmelztiegel für Menschen aus vielen verschiedenen Kulturkreisen ist, zu spalten. Die Tatsache, dass diese Menschen völlig entspannt miteinander leben und arbeiten, ist eine Beleidigung für sie.“

Dienstag, 12. Juli: Der stellvertretende Londoner Polizeichef Brian Paddick berichtet, dass es seit Donnerstag mehrere Vergeltungsangriffe auf ethnische Gruppen in London gegeben habe. „Wir müssen erreichen, dass Angehörige jeder Gemeinschaft religiös motivierte oder hassmotivierte Übergriffe jeglicher Art der Polizei melden.“ Die Polizei werde es nicht zulassen, dass die Bombenanschläge dazu benutzt werden, Hass zu säen.⁷²

Weiterhin gibt es Berichte über mehrere Brandanschläge auf Moscheen in Leeds, Tower Hamlets [im Osten Londons], Merton [im Süden Londons] Telford, Bristol und Birkenhead.

Botschafter Ömür Orhun, Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen, verurteilt in einer Pressemitteilung die Anschläge in London, nimmt jedoch „mit Bedauern zur Kenntnis, dass erneut versucht wird, Terrorismus mit dem Islam und allen Muslimen gleichzusetzen“.⁷³

Mittwoch, 13. Juli: Bei der Überprüfung der Identität der Bombenattentäter stellt sich heraus, dass es sich bei dreien um in Großbritannien geborene Muslime und beim vierten um einen Jamaikaner handelt, der zum islamischen Glauben übergetreten ist.

⁷⁰ <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4668835.stm>.

⁷¹ The Guardian, 13. Juli 2005, S. 5.

⁷² <http://politics.guardian.co.uk/farright/story/0,11375,1526585,00.html>.

⁷³ <http://www.osce.org/item/15646.html>.

Tony Blair und vier muslimische Mitglieder des Unterhauses treffen zu Gesprächen über die Bekämpfung von Extremismus in der muslimischen Gemeinde zusammen.⁷⁴

Donnerstag, 14. Juli: Muslimische Führer besuchen die Gemeinden in Leeds und Dewsbury, in denen drei der vier Attentäter lebten.

Der britische Thronfolger Prinz Charles betont, dass muslimische Führer zu Recht darauf hinweisen, dass die Anschläge nichts mit dem „wahren Glauben“ zu tun haben.⁷⁵

Sonntag, 17. Juli: Die Zeitungen berichten in ihren Leitartikeln⁷⁶ darüber, dass die Mehrzahl der Bombenattentäter in Großbritannien geboren wurde. In einem Artikel des Blatts *The Observer* wird über muslimische Jugendliche berichtet, die von Imamen unterrichtet werden, die selber nur wenig oder gar kein Englisch sprechen und die britische Gesellschaft, in der die muslimischen Jugendlichen aufwachsen, kaum kennen oder verstehen.

In den Medien wird berichtet, dass in Großbritannien seit den Bombenanschlägen in London rund 500 durch Glaubens- und Rassenhass motivierte Straftaten – von Brandanschlägen auf Moscheen bis zum Bespucken muslimischer Frauen auf der Straße – registriert wurden. Polizeiquellen zufolge werden rund 200 dieser Vorfälle als signifikant und mit möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden eingestuft.⁷⁷

In Dewsbury findet eine Friedenskundgebung statt, an der sowohl die christliche als auch die muslimische Gemeinde teilnehmen.⁷⁸ Rund 1 000 Menschen kommen zu einer Friedenswache am Russell Square zusammen, zu der die Koalition „Stoppt den Krieg“ und die muslimische Vereinigung in Großbritannien (Muslim Association of Britain, MAB) aufgerufen haben.

Montag, 18. Juli: Mehr als 500 Religionsführer der britischen Muslime veröffentlichen eine Fatwa⁷⁹ (Rechtsgutachten) zu den Bombenanschlägen in London. In verschiedenen Zeitungen erscheinen am 21. Juli ein ganzseitiger Bericht sowie Einzelheiten zur Fatwa mit dem Titel „Nicht in unserem Namen“.⁸⁰

Mittwoch, 20. Juli: Führende britische Muslime treffen mit Innenminister Charles Clarke zusammen und informieren ihn über Maßnahmen, die sie zur Bekämpfung des Extremismus in ihren Gemeinden ergreifen möchten. Gleichzeitig werden einige extremistische muslimische Geistliche in den Medien zitiert, die den

⁷⁴ http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/4678821.stm.

⁷⁵ <http://newsvote.bbc.co.uk/mpapps/pagetools/print/news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4681281.stm>.

⁷⁶ <http://www.guardian.co.uk/editor/story/0,,1530519,00.html> (18. Juli 2005).

⁷⁷ <http://www.timesonline.co.uk/article/0,,2087-1697168,00.html>.

⁷⁸ http://news.bbc.co.uk/1/hi/england/west_yorkshire/4689061.stm.

⁷⁹ In dieser Fatwa zeigen die muslimischen Gemeinden Geschlossenheit bei der Verurteilung der Londoner Anschläge. Fatāwa sind gewöhnlich weltliche Rechtsgutachten.

⁸⁰ Ausführliche Informationen über die Erklärung der muslimischen Organisationen sind abrufbar unter http://www.iccuk.org/downloads/muslims_for_britain_campaign_guardian_final.pdf.

britischen Premierminister kritisieren und seine Außenpolitik für die Anschläge vom 7. Juli verantwortlich machen.

Donnerstag, 21. Juli: Vier weitere Bomben explodieren in einer zweiten Anschlagserie in der Londoner U-Bahn und einem Londoner Bus. Dieses Mal explodieren nur die Zünder der Bomben, und es sind keine Todesopfer zu beklagen.

Freitag, 22. Juli: Ein mutmaßlicher Bombenattentäter wird von bewaffneten Polizeikräften in einem wartenden Zug an der U-Bahn-Station Stockwell erschossen. Der Mann wird als brasilianischer Staatsbürger mit dem Namen Jean Charles de Menezes identifiziert, bei den späteren Ermittlungen stellt sich heraus, dass er nichts mit den Anschlägen zu tun hat.

Samstag, 23. Juli: Hunderte von Menschen aus den Stadtteilen Beeston und Harehill, in denen zwei der Londoner Bombenattentäter lebten, nehmen an einem Friedensmarsch durch Leeds teil. Der Friedensmarsch wird von der Gruppe „Faith Together in Leeds 11“ organisiert und soll ein Zeichen für die Geschlossenheit der Gemeinde setzen.

Montag, 25. Juli: Die Zeitungen berichten über den Aufruf muslimischer Führer an die Familien der Bombenattentäter, die Täter der Polizei zu melden. Vertreter der MAB und des MCB erklären ebenfalls in der Öffentlichkeit, dass die Gemeinden Terroristen keinen Unterschlupf bieten sollten.

Führende Mitglieder muslimischer Gemeinden in Großbritannien äußern sich besorgt darüber, dass sich unschuldige Menschen auf der Jagd nach den Bombenattentätern von London unter Generalverdacht fühlen. Nach Aussagen der Labour-Abgeordneten Lord Ahmed fürchten viele Muslime im Norden Englands, dass auch sie Opfer von Personenverwechslungen durch die bewaffnete Polizei werden könnten.⁸¹

Dienstag, 26. Juli: Premierminister Tony Blair erklärt auf einer regelmäßigen Informationsveranstaltung für die Medien, dass es derzeit kein verbindliches Organ gebe, das für die gesamte muslimische Gemeinde im Vereinigten Königreich spreche. Tony Blair bemerkt weiterhin, dass man sich in die muslimischen Gemeinden hineinbegeben und extreme Ideologien an der Wurzel bekämpfen müsse, statt sie einfach zu ignorieren oder zu dulden.

Die Zeitung *The Guardian* veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage unter britischen Muslimen, nach der 63 % mit dem Gedanken spielen, das Vereinigte Königreich zu verlassen.⁸² (Die muslimische Bevölkerung in Großbritannien wird auf 1,6 Millionen geschätzt.)

⁸¹ <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4714027.stm>.

⁸² <http://www.guardian.co.uk/attackonlondon/story/0,16132,1536222,00.html>.
Der vollständige Bericht ist abrufbar unter <http://image.guardian.co.uk/sys-files/Politics/documents/2005/07/26/Muslim-Poll.pdf>.

Mittwoch, 27. Juli: Es wird bekannt gegeben, dass es sich bei zwei mutmaßlichen Attentätern der Bombenanschläge vom 21. Juli um Flüchtlinge handelt, denen im Vereinigten Königreich Asyl gewährt wurde.

Freitag, 29. Juli: Nach Polizeirazzien in verschiedenen Wohnungen werden drei Männer in London und ein weiterer Mann in Rom verhaftet. Die Polizei glaubt, dass sich jetzt alle vier Verdächtigen der Bombenanschläge vom 21. Juli in Polizeigewahrsam befinden.

Montag, 1. August: Die Londoner Polizei und das Bürgermeisteramt richten im Rahmen der Aktion „Communities Together“ eine Hotline zur Unterstützung und Beruhigung der Londoner Bürger ein, insbesondere für Gemeinden, die nach den Anschlägen um ihre Sicherheit fürchten.⁸³

Dienstag, 2. August: In Oldham findet das erste von acht geplanten Treffen zwischen der Staatsministerin im Innenministerium Hazel Blears, Führern der muslimischen Gemeinde, Regierungsbeamten, Stadträten, Mitgliedern des Unterhauses und der Polizei statt. Die Initiative zielt auf die Verbesserung der Beziehungen in den Gemeinden und die Erörterung von Maßnahmen zur Ausrottung des Extremismus und soll zugleich die Chance bieten, über die von den Londoner Bombenanschlägen aufgeworfenen Befürchtungen und Probleme zu sprechen.

Mittwoch, 3. August: In den Medien erscheint die Meldung, dass nach Angaben der Londoner Polizei die durch Religionshass motivierten Straftaten seit den Bombenanschlägen vom 7. Juli um rund 600 Prozent in London gestiegen seien. Seit den Selbstmordattentaten kam es zu 273 religiös motivierten Hassverbrechen, verglichen mit nur 41 (6. Juli bis 1. August) im Vorjahreszeitraum. Die Polizei betont jedoch, dass der Anstieg teilweise auf Verbesserungen der Polizeiarbeit in den Gemeinden und präzisere Erfassungsmethoden zurückzuführen sei. Gleichzeitig sei die Zahl anderer rassistischer Übergriffe zurückgegangen.⁸⁴

Sonntag, 7. August: Die Zeitung *The Independent* veröffentlicht Erfahrungen von Lesern mit rassistisch motivierten Hassverbrechen seit dem 7. Juli.⁸⁵

Dienstag, 16. August: Muslimische Gruppen im Vereinigten Königreich lehnen Gesetzesvorschläge zur Terrorbekämpfung mit der Begründung ab, dass sie zur „Dämonisierung“ legitimer islamischer Werte und Überzeugungen führen könnten.⁸⁶

Mittwoch, 24. August: Innenminister Charles Clarke nennt die Gründe, weswegen Ausländer, die im Verdacht stehen, den Terrorismus zu fördern, ausgewiesen oder abgeschoben werden können. Die Liste der Gründe, die nach den Londoner

⁸³ http://cms.met.police.uk/news/major_operational_announcements/terrorist_attacks/the_communities_together_help_and_advice_line.

⁸⁴ [http://www.politics.co.uk/domestic-policy/faith-hate-crime-increases-\\$14016741.htm](http://www.politics.co.uk/domestic-policy/faith-hate-crime-increases-$14016741.htm).

⁸⁵ <http://news.independent.co.uk/uk/crime/article304283.ece>.

⁸⁶ <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4155278.stm>.

Bombenanschlägen vom 7. Juli zusammengestellt wurde, umfasst unter anderem die Aufstachelung zum Terrorismus und dessen Verherrlichung. Die „Liste nicht akzeptabler Verhaltensweisen“ wertet der MCB als „zu breit gefächert und unspezifisch“.⁸⁷ Bürgerrechtsgruppen äußern eine Vielzahl von Bedenken und verweisen dabei auf die Menschenrechte.⁸⁸

Donnerstag, 22. September: Der britische Innenminister Charles Clarke veröffentlicht die Ergebnisse der sieben Arbeitsgruppen, die auf Initiative des Innenministeriums gebildet wurden, um Vorschläge zur Stärkung des Zusammenhalts und zur Bekämpfung des Extremismus zu erarbeiten (nähere Einzelheiten dazu siehe Abschnitt III). Der Innenminister kündigt auch eine neue beratende „Kommission zu Fragen der Integration und Kohäsion“ an, die bis Juli 2006 einen Bericht vorlegen und sich auf praktische Wege zur Überwindung der Integrationsbarrieren in allen Gemeinden konzentrieren soll.

Führende Vertreter des muslimischen Glaubens begrüßen die Vorschläge zur Einrichtung eines nationalen Beirats für Imame und Moscheen und den Vorschlag, Imame zu schulen und in Großbritannien geborene Muslime zu ermutigen, Religionsgelehrte zu werden.⁸⁹

⁸⁷ Einzelheiten zum Standpunkt des MCB sind abrufbar unter http://www.mcb.org.uk/presstext.php?ann_id=161 (5. Oktober 2005).

⁸⁸ http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/4179044.stm.

⁸⁹ http://www.islamonline.com/cgi-bin/news_service/world_full_story.asp?service_id=1770.

Teil II:

Situation der muslimischen Gemeinde in der EU nach den Ereignissen vom 7. Juli 2005 in London

2. Zusammenfassung der Berichte der nationalen Anlaufstellen der EUMC (ohne das Vereinigte Königreich)

2.1. ALLGEMEINE AUSWIRKUNGEN DER EREIGNISSE AUF DIE MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFTEN IN DER EU

Wenn es auch noch zu früh ist, endgültige Schlussfolgerungen zu den Auswirkungen der Ereignisse in London auf das Leben muslimischer Gemeinschaften in Europa zu ziehen, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass sich die Bombenanschläge in London auf das Leben der Muslime weitaus weniger nachhaltig als die Anschläge vom 11. September in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewirkt haben. Mögliche Gründe dafür sind sowohl die schnelle Reaktion der Regierungen, Politiker und Meinungsführer, die großen Wert auf eine klare Unterscheidung zwischen diesen Terrorakten und dem Islam legten, als auch die Erklärungen muslimischer Vertreter, die in ihren sofortigen und eindeutigen Reaktionen die Anschläge verurteilten und die Mitglieder ihrer Gemeinschaften zur Zusammenarbeit mit den Behörden aufforderten.

Es folgt eine Zusammenfassung der Informationen aus Ländern, in denen die nationalen Anlaufstellen gewisse Auswirkungen, konkrete Vorfälle oder mit den Anschlägen im Zusammenhang stehende Ereignisse meldeten. Die meisten nationalen Anlaufstellen konzentrierten sich bei der Frage nach den direkten und deutlichsten Auswirkungen auf die muslimische Gemeinschaft auf Sicherheits- und Gesetzgebungsmaßnahmen, die zur Verhütung möglicher Terroranschläge eingeleitet wurden.

In **Österreich** wurde am 24. September während des Morgengebets ein Stein durch das Fenster einer Moschee in Linz geworfen.⁹⁰ Am 4. Oktober wurde einem türkischen Studenten, der in einem Flugzeug, das am Wiener Flughafen auf die Starterlaubnis wartete, eine arabische Zeitung las, die Beförderung verweigert. Die Flugzeugbesatzung hatte die Polizei verständigt, da die Passagiere befürchteten, dass der Student ein Terrorist sein könnte.⁹¹ Die polizeilichen Ermittlungen verliefen ergebnislos, doch der Pilot weigerte sich, den Mann erneut an Bord zu nehmen. Obgleich sich diese Vorfälle nicht unmittelbar nach den Londoner Bombenanschlägen ereigneten, sieht die muslimische Gemeinde einen Zusammenhang zwischen der höheren Zahl islamfeindlicher Handlungen und den Anschlägen.⁹²

⁹⁰ Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen (25.09.2005), „Steinwurf auf Linzer Moschee“, abrufbar unter <http://mund.at/archiv/september5/aussendung270905.htm#04>, (6. Oktober 2005).

⁹¹ *Kurier* (5. Oktober 2005) „Student las im Flugzeug arabische Zeitung: Terror-Alarm“.

⁹² Von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich auf Anfrage vorgelegte Informationen, September-Oktober 2005.

In **Dänemark** berichtete der Sicherheitsdienst (PET) der nationalen Anlaufstelle über Ermittlungen zu zwei möglicherweise islamfeindlichen Vorfällen. Inoffiziellen Quellen zufolge wurde am 9. Juli ein Sikh-Busfahrer in Kopenhagen von einem nicht identifizierten Mann tödlich angegriffen, der „London“ rief und ihn verprügelte.⁹³ Am 21. Juli 2005 wurde ein Mann in Århus festgenommen, der per E-Mail Bombendrohungen gegen muslimische Ziele in Dänemark und Schweden verschickt hatte.⁹⁴ Am 28. Juli 2005 ging die Polizei einer Behauptung nach, dass sich der Kopenhagener Radiosender *Radio Holger* für die Tötung muslimischer Einwanderer ausgesprochen hatte.⁹⁵ Imam Abdul Wahid Pedersen gab eine von britischen muslimischen Organisationen zusammengestellte Liste mit empfohlenen Vorsichtsmaßnahmen bekannt.

In **Finnland** teilte der Imam der Al-Ilman Moschee, Mohammed Ishaq, mit, dass zwar keine Vorfälle gemeldet wurden, manche muslimische Frauen jedoch verstärkt um ihre Sicherheit fürchteten.⁹⁶ An der Tür der Moschee der islamischen Resalat-Gemeinde wurde ein Hakenkreuz aufgemalt, woraufhin die Moschee für drei Wochen geschlossen wurde. Zwei ihrer Mitglieder wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln verbal beleidigt.⁹⁷ Die Wochenzeitung *Sunnuntaisuomalainen* führte eine Umfrage zu den Reaktionen auf die Bombenanschläge durch.⁹⁸ 500 Personen wurden unter anderem folgende Fragen gestellt: „Die jüngsten Terroranschläge haben zu Spannungen zwischen religiösen und ethnischen Gruppen in aller Welt geführt. Glauben Sie, dass der Rassismus in Finnland aufgrund dieser Anschläge zunehmen wird?“ 67 Prozent der Befragten antworteten, dass der Rassismus zumindest „leicht“ zunehmen wird. Jeder zehnte Befragte war der Meinung, dass der Rassismus „erheblich“ oder „massiv“ zunehmen wird.

In **Ungarn** haben sich die Bombenanschläge in London nach den Informationen der nationalen Anlaufstelle kaum auf die muslimische Gemeinschaft ausgewirkt. Zwei möglicherweise islamfeindliche Vorfälle wurden in den Monaten nach den Anschlägen gemeldet. Anfang August wurden in Békéscsaba jugendliche Fußballspieler aus den Vereinigten Arabischen Emiraten festgenommen und nach einem Wortwechsel mit Sicherheitskräften in einem Einkaufszentrum von der Polizei in Handschellen abgeführt. Die Behörden wiesen Behauptungen zurück, dass dieser Vorfall durch Rassismus oder Islamfeindlichkeit motiviert sei. Der stellvertretende Bürgermeister entschuldigte sich später für die „Serie bedauerlicher Missverständnisse“. Die Medien werteten den Vorfall als eine völlig überzogene Reaktion der Polizei.⁹⁹ Am zweiten Vorfall waren Publikationen einer

⁹³ TV2: <http://nyhederne.tv2.dk/article.php?id=2594954> (27. Juli 2005).

⁹⁴ TV2: <http://nyhederne.tv2.dk/article.php?id=2639159> (27. Juli 2005); Zeitung *Politiken*, „Sigtet for terrortrusler“ (22. Juli 2005).

⁹⁵ Website von Radio Holger: <http://www.radioholger.dk/> (1. August 2005), Programm vom 28. Juli 2005. DR: <http://www.dr.dk/nyheder/fremmedsprog/English/article.jhtml?articleID=266924> (1. August 2005).

⁹⁶ Telefongespräch mit Imam Mohammed Ishaq (26. Juli 2005).

⁹⁷ Telefongespräch mit der Sprecherin Paula Bahmanpour (27. Juli 2005).

⁹⁸ *Sunnuntaisuomalainen*, (7. August 2005)

⁹⁹ Siehe beispielsweise unter <http://www.nol.hu/cikk/372821/> (5. Oktober 2005).

anonymen Organisation namens ITT (diese Abkürzung steht für einen Verband, der sich mit der Untrennbarkeit des Islams vom Terrorismus befasst) beteiligt, die Plakate¹⁰⁰ und Web-Veröffentlichungen¹⁰¹ mit der Behauptung verbreitete, dass der Islam und Terrorismus voneinander „untrennbar“ seien. Da es sich um den ersten Vorfall dieser Art in Ungarn handelte, wurde in den Medien ausführlich darüber berichtet. Während die Polizei eine nähere Untersuchung dieses Falls ablehnte, gab das Außenministerium eine Erklärung heraus, in der alle Formen der Islamfeindlichkeit missbilligt wurden.¹⁰²

In **Irland** berichteten verschiedene Quellen, darunter muslimische Organisationen, Medien und die Garda (Polizei), über vereinzelte Übergriffe auf die islamische Gemeinschaft nach den Anschlägen in London. Das Nationale Beratungskomitee gegen Rassismus und für interkulturelle Zusammenarbeit (National Consultative Committee on Racism and Interculturalism, NCCRI) ermittelte eine möglicherweise damit im Zusammenhang stehende Gewalttat, bei der am 9. Juli ein Mitglied der Sikh-Gemeinde in Athlone (Grafschaft Westmeath) erstochen wurde. Die Islamische Stiftung Irlands (Islamic Foundation of Ireland, IFI) organisierte vorsorglich ein Treffen mit der örtlichen Dienststelle der Garda im Süden Dublins. Zudem veröffentlichte die IFI Vorsichtsmaßnahmen für die muslimische Gemeinde, verbunden mit dem Appell, gegenüber terroristischen Aktivitäten wachsam zu bleiben, sowie Leitlinien für die persönliche Sicherheit und die Sicherheit.¹⁰³

In **Italien** änderte sich die Situation nach der Festnahme eines der mutmaßlichen Bombenattentäter, der im Zusammenhang mit den misslungenen Londoner Anschlägen vom 21. Juli gesucht wurde, in Rom. Am 12./13. August führten die staatlichen Polizeibehörden (Carabinieri und Guardia di Finanza) eine landesweite Aktion an „islamischen Treffpunkten“ durch: 7 318 Orte wurden aufgesucht (Call-Center, Internet-Zugangspunkte, Halal-Fleischereien und Geldüberweisungsdienste); 32 703 Personen wurden überprüft, 141 festgenommen und Abschiebungsverfahren bei 701 Personen eingeleitet, denen ein „unerlaubter Aufenthalt oder die Nichtbeachtung einer früheren Ausweisungsanordnung oder die illegale Nutzung ihrer Aufenthaltserlaubnis“ zur Last gelegt wurde. Nur zwei der 141 Festnahmen standen mit den im Juli beschlossenen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung¹⁰⁴ im Zusammenhang.

In den **Niederlanden** wurden einige kleinere islamfeindliche Zwischenfälle verzeichnet, doch ist nicht klar, ob sie in einem direkten Zusammenhang mit den Anschlägen in London stehen. Am 16. Juli nahm die Polizei einen 15-jährigen Jugendlichen fest, der die Fenster einer Moschee in Naaldwijk zerschlagen hatte,

¹⁰⁰ Siehe beispielsweise <http://hvg.hu/itthon/20050906itt.aspx> (5. Oktober 2005).

¹⁰¹ Siehe <http://islamterror.blogspot.com/>.

¹⁰² <http://hvg.hu/print/20050916kulugy.aspx>.

¹⁰³ Interview des NCCRI mit der IFI vom 21. Juli 2005.

¹⁰⁴ Italien, Decreto-Legge vom 27. Juli 2005, n.144. Misure urgenti per il contrasto del terrorismo internazionale, *Gazzetta Ufficiale* n. 173 del 27/7/2005 [Rechtsverordnung vom 27. Juli 2005. Dringende Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Amtsblatt Nr. 173 vom 27. Juli 2005].

und am 23. Juli wurden die Fensterscheiben des Gebäudes einer türkischen Gemeinde in Terneuzen eingeschlagen.

In **Polen** gingen mehrere Drohanrufe bei muslimischen Organisationen ein.

In **Schweden** richtete der Muslimische Rat von Schweden eine telefonische Hotline für Muslime ein, doch die Vorsitzende des Rates, Helena Benauda, berichtete später, dass dieses Angebot kaum genutzt worden sei.¹⁰⁵ Nach Aussagen der Sicherheitspolizei besteht in Schweden keine erhöhte Gefahr von Terroranschlägen. Meinungsmacher, Politiker und die Medien legten Wert auf eine klare Trennung zwischen Islam und Terrorismus. Der Imam Abd al Haqq Kielan der Svenska Islamiska Samfundet (Islamische Gemeinschaft in Schweden) warnte, dass Einschränkungen der Redefreiheit und eine zunehmende öffentliche Überwachung Demokratie und Bürgerrechte bedrohen könnten.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Schwedische Nachrichtenagentur *Tidningarnas Telegrambyrå* (16. Juli 2005).

¹⁰⁶ Kielan, A. (2005), „Vi når inte fanatikerna“, in: *Svenska Dagbladet* (28. Juli 2005), S.5.

2.2. REAKTIONEN DER REGIERUNGEN UND POLITISCHEN PARTEIEN IN DER EU

In der gesamten EU verurteilten Regierungen, politische Parteien und Wortführer der Gemeinschaften die Bombenanschläge in scharfer Form, warnten jedoch zugleich davor, die muslimischen Gemeinden oder den muslimischen Glauben für die kriminellen Handlungen einzelner Extremisten verantwortlich zu machen. Gelegentlich wurde auch eine verbesserte Eingliederung von Muslimen in die Gesellschaft sowie eine strengere Kontrolle des Zustroms muslimischer Einwanderer in die EU, mitunter mit deutlich islamfeindlichen Zwischentönen, gefordert.

Es folgen einige Beispiele der nationalen Anlaufstellen aus ausgewählten Ländern.

In **Österreich** warnte Bundespräsident Heinz Fischer vor Überreaktionen nach den Bombenanschlägen mit den Worten, dass „Terrorismus nicht mit blindem Hass oder Überreaktionen beantwortet werden darf“.¹⁰⁷ Die Regierung wies auf die gute Zusammenarbeit mit der islamischen Glaubensgemeinschaft hin und hob die Bedeutung der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, insbesondere auf EU-Ebene, bei der Terrorbekämpfung hervor. Alfred Gusenbauer, Führer der Oppositionspartei SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs), schlug umfassendere Integrationsmodelle, eine verstärkte Überwachung radikaler Prediger im Einklang mit den bestehenden Rechtsvorschriften, eine verbesserte Kontrolle von Finanztransaktionen und eine Beendigung des Irak-Kriegs vor.¹⁰⁸ Politiker der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) forderten die Schließung von Moscheen mit bekanntermaßen radikalen Islam-Predigern¹⁰⁹ und die Ausweisung dieser Prediger¹¹⁰. Der Grüne Sicherheitssprecher Peter Pilz äußerte sich besorgt über die Einschränkung von Bürgerrechten im „Kampf gegen den Terror“.¹¹¹

In **Belgien** hoben die französischsprachigen sozial- und christdemokratischen Parteien die Bedeutung der Werte der Freiheit und Demokratie für die Gesellschaft hervor. Die flämische Partei Vlaams Belang warf der Regierung vor, nichts gegen den muslimischen Fundamentalismus zu unternehmen.

In der **Tschechischen Republik** verurteilten die Führer aller Parlamentsfraktionen die Anschläge von London und brachten ihr Mitgefühl mit den Opfern zum

¹⁰⁷ *Kurier*, (11. Juli 2005), „Fischer warnt vor Überreaktionen“, S. 2.

¹⁰⁸ *Salzburger Nachrichten*, (15. Juli 2005), „Lauschen gegen den Terror“, S. 2, *Pressedienst der SPÖ*, (14.07.2005), „Gusenbauer fordert Europäischen Aktionsplan gegen den Terrorismus“, abrufbar unter http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20050714_OTSO150&ch=politik, (27. Juli 2005).

¹⁰⁹ *ORF ON*, (18. Juli 2005), „FPÖ verlangt Schließung von vier Moscheen“, abrufbar unter <http://burgenland.orf.at/stories/46161/>, (18. Juli 2005).

¹¹⁰ *Die Freiheitlichen Bundeskommunikation*, (15. Juli 2005), „FPÖ-Vize Hofer verlangt Ausweisung radikaler Islam-Prediger“, abrufbar unter http://www.ots.at/drucken.php?schluessel=OTS_20050715_OTSO152, (27. Juli 2005).

¹¹¹ *Kleine Zeitung*, (14. Juli 2005), „Bürgerrechte in Gefahr“, S. 4.

Ausdruck. Die außerparlamentarische Nationalpartei gab eine Erklärung ab, in der sie die Ausweisung aller Muslime und die Schließung der Grenzen forderte.¹¹²

In **Dänemark** wurden die Anschläge von allen politischen Parteien verurteilt. Die dänische Volkspartei warnte, dass es in Dänemark¹¹³ zahlreiche muslimische Fanatiker gebe, und forderte zu einer verstärkten öffentlichen Überwachung und strengeren Grenzkontrollen auf.

In **Estland** wurden am 11. Juli 2005 zum Gedenken an die muslimischen Opfer des Massakers von Srebrenica und die Opfer der Bombenanschläge in London Trauerbeflaggung an öffentlichen Verwaltungsgebäuden angeordnet.¹¹⁴

In **Finnland** veröffentlichte die Regierung eine Pressemitteilung, in der die Minister die Anschläge verurteilten. In seiner Rede auf einer Fachmesse für Verteidigung und Sicherheit am 30. August 2005 erklärte Innenminister Kari Rajamäki, dass mit den Anschlägen von London die mit dem Terrorismus verknüpften Ängste näher an Finnland herangerückt seien als jemals zuvor.¹¹⁵ Auf Seiten der Opposition regte der Führer der Grünen Liga (Vihreä Liitto). Tarja Cronberg, einen umfassenderen Ansatz der EU beim Kampf gegen den Terror und die Entwicklung von Maßnahmen zur Terrorbekämpfung in Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinschaften in Europa an.¹¹⁶

In **Frankreich** gab Präsident Jacques Chirac eine Erklärung ab, in der er die Solidarität und Anteilnahme der französischen Bevölkerung zum Ausdruck brachte und die Anschläge verurteilte.¹¹⁷ Die DGRG (Direction Générale des Renseignements Généraux) veröffentlichte einen Bericht über die Radikalisierung des Islam und die Rekrutierung von Extremisten in Gefängnissen.¹¹⁸ Innenminister Nicolas Sarkozy empfahl eine Überwachung von Gebetshäusern unter Wahrung der Religionsfreiheit, Überwachung der Aktivitäten in Gefängnissen, Überprüfung von Verbänden, die als Tarnung für radikale oder terroristische Aktivitäten dienen, Bekämpfung der Aufstachelung zu Hass, Gewalt und Diskriminierung (insbesondere im Internet) und die Abschiebung radikaler Imame aus Drittländern.¹¹⁹ Außerdem betonte er, dass sich französische Muslime nicht entfremdet oder gedemütigt fühlen sollten, und rief zu einer Verstärkung des Dialogs auf.

¹¹² Abrufbar unter http://www.narodni-strana.cz/clanek.php?id_clanku=1349 (04.10.2005).

¹¹³ Pressemitteilung der dänischen Volkspartei vom 8. Juli 2005, abrufbar unter http://www.danskfolkeparti.dk/sw/frontend/newsletterpreview.asp?id=236&template_id=3&mbid=19123 (1. August 2005).

¹¹⁴ *Postimees*, (10. Juli 2005).

¹¹⁵ <http://www.tampereenmessut.fi/tiedote.tmp?id=379> (7. Oktober 2005).

¹¹⁶ *Helsingin Sanomat* (26. Juli 2005).

¹¹⁷ Erklärung des Präsidenten der Republik, Gleneagles (Vereinigtes Königreich), 7. Juli 2005. Der Text ist abrufbar unter

http://www.elysee.fr/elysee/francais/interventions/discours_et_declarations/2005/juillet/attentats_de_londres_declaration_du_president_de_la_republique.30557.html (22. Juli 2005)

¹¹⁸ Smolar, P (2005), „Les conversions à l’islam radical inquiète la police française“ in *Le Monde* (13. Juli 2005).

¹¹⁹ http://www.interieur.gouv.fr/rubriques/c/c1_le_ministre/c13_discours/2005_07_13_JAI; und AFP (2005), „M. Sarkozy veut expulser les Imams radicaux“, in *Le Monde* (12. Juli 2005).

Die politischen Parteien verurteilten die Bombenanschläge und zogen eine klare Trennlinie zwischen Terrorismus und der französischen muslimischen Gemeinschaft, die die Werte und Gesetze der Republik achte.

Philippe de Villiers, Präsident der MPF (Mouvement pour la France - Bewegung für Frankreich) sprach sich in einem Interview des landesweiten Fernsehsenders TF1 am 16. Juli 2005 gegen die „zunehmende Islamisierung der französischen Gesellschaft“ aus und mahnte die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, Kontrolle der Moscheen und höhere Investitionen in Stadtbezirke an, in denen Muslime leben.

In **Deutschland** appellierte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger (CDU), an die Öffentlichkeit, „zwischen Extremisten, die den Islam für ihre Zwecke missbrauchen, und den Mitbürgern, die ihren Glauben im friedlichen Zusammenleben der Konfessionen ausüben“, klar zu trennen¹²⁰. Führende Politiker der CDU/CSU und der SPD befürworteten eine verstärkte Videüberwachung öffentlicher Bereiche, die Speicherung von Telefon-/Internet-Daten über einen längeren Zeitraum sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen der Polizei und den nationalen Nachrichtendiensten. Mehrere Politiker aus den Reihen der CDU/CSU¹²¹ traten auch für eine stärkere Überwachung von Moscheen ein.¹²² Der Bundesminister für Inneres, Otto Schily (SPD), forderte die Muslime dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass in Moscheen keine Hassreden mehr gehalten werden.¹²³ Die CSU forderte ebenfalls strengere Vorschriften für die Einwanderung von Muslimen und erklärte, dass es dann einfacher würde, Muslime auszuweisen, die gegen die Verfassung verstoßen, und ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, sofern ihnen diese im Rahmen der Einbürgerung verliehen wurde.¹²⁴

In **Ungarn** veröffentlichten die regierenden Parteien (Liberale¹²⁵ und Sozialisten¹²⁶) umgehend Erklärungen, in denen sie die Anschläge verurteilten.

In **Italien** äußerte Innenminister Giuseppe Pisanu (Forza Italia) Zweifel an der Behauptung, dass die jüngsten Bombenanschläge ein Beweis für den Kampf der Kulturen zwischen der westlichen und islamischen Welt seien.

In der **Slowakei** wurden die Anschläge von allen politischen Parteien verurteilt. Die Oppositionspartei SNS (Slowakische Nationalpartei) appellierte an die EU-Mitgliedstaaten und die slowakische Regierung, die „liberale

¹²⁰ Stuttgarter Zeitung online (7. Juli 2005).

¹²¹ Weitere Einzelheiten zu allen Vorschlägen der CSU zur Bekämpfung des (islamischen) Terrorismus enthält die Erklärung des bayrischen Innenministers (die Rede ist abrufbar unter www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/service/reden/regerkl_is_050720.pdf).

¹²² Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Berlin wies den Vorschlag der CSU nach einer strengeren Überwachung von Moscheen zurück, solange es keine Anzeichen für extremistische Aktivitäten gebe (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, www.faz.net, 18. Juli 2005).

¹²³ Interview in: *Der Spiegel* (18. Juli 2005).

¹²⁴ *Financial Times Deutschland* (17. Juli 2005), *Welt am Sonntag* (17. Juli 2005).

¹²⁵ Siehe http://www.szdsz.hu/index.phtml?op=hirek_reszletes&id=2444.

¹²⁶ Siehe <http://www.mszip.hu/index.php?gcPage=public/hirek/mutatHir&fnHid=75444>.

Einwanderungspolitik“ zu überdenken, da Einwanderer aus „Risikogebieten“ ein potenzielles Sicherheitsrisiko darstellten. Nach Auffassung des Vorsitzenden der SNS, Ján Slota, sind die Bombenanschläge in London ein klarer Beweis dafür, dass es einen Krieg der Zivilisationen zwischen der christlich-europäischen Kultur und dem islamischen Extremismus gebe, auch wenn dieser nicht offiziell erklärt worden sei.¹²⁷

In **Schweden** wurden die Anschläge von allen Parlamentsfraktionen einstimmig verurteilt. Die schwedischen Demokraten, die die größte Fraktion außerhalb des Parlaments bilden, stellten die Terroranschläge in London als eine Folge der „Masseneinwanderungspolitik“ dar.

¹²⁷ *SME*, 8. Juli 2005, „SNS vyzýva na prehodnotenie liberálnej migračnej politiky“
<http://www.sme.sk/clanok.asp?cl=2289723> (25. Juli 2005).

2.3. REAKTIONEN DER MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN IN DER EU

In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ließ die Reaktion muslimischer Organisationen nicht auf sich warten. Sie verurteilten die Anschläge, unterstrichen aber zugleich, dass der Islam eine friedliche Religion und von daher nicht mit Gewalt vereinbar sei. Einige muslimische Organisationen forderten zudem ihre Mitglieder auf, bei der Bekämpfung des Terrorismus aktiv mit den Behörden zusammenzuarbeiten.

Es folgen einige Beispiele der nationalen Anlaufstellen für ausgewählte Länder.

In **Österreich** verurteilten das offizielle Vertretungsorgan für die Muslime (Islamische Glaubensgemeinschaft¹²⁸) sowie regionale Glaubensgemeinschaften die Anschläge und forderten alle Muslime dazu auf, sich aktiv für den Frieden und die Sicherheit des Landes und seiner Einwohner einzusetzen.

In **Belgien** wurden die Anschläge von der Generalversammlung der belgischen Muslime (Assemblée Générale des Musulmans de Belgique) und vielen anderen muslimischen Vertretungsorganen sofort verurteilt.

In der **Tschechischen Republik** bezeichnete der Imam der Prager Moschee, El Badawy Karam, die Terroristen als verrückt¹²⁹, und die muslimische Gemeinde von Brno gab eine Erklärung heraus, in der sie betonte, dass der Islam gegen Terrorismus sei¹³⁰.

In **Dänemark** wurden die Bombenanschläge sowohl von der Islamischen Gemeinde¹³¹ (det Islamiske Trossamfund) als auch von der Organisation Muslime im Dialog¹³² (Muslimer i Dialog) verurteilt. Mehrere prominente Imame wie Abu Laban und Mostafa Chendid erklärten, dass die muslimischen Gemeinden mitverantwortlich seien, die Entstehung von Extremismus in ihren Reihen zu verhindern¹³³. Der Sprecher des dänischen Zweigs der islamischen fundamentalistischen Organisation Hizb-ut-Tahrir¹³⁴ weigerte sich zwar, die Anschläge direkt zu verurteilen, solange der Irak noch besetzt sei, bezeichnete die Terroranschläge in London jedoch als unislamisch¹³⁵. Prominente Imame wie Abdul Wahid Pedersen und Fatih Alev äußerten sich besorgt darüber, dass junge Muslime von Extremistengruppen wie Hizb-ut-Tahrir leicht verführt werden

¹²⁸ Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich, <http://www.derislam.at>, (25. Juli 2005).

¹²⁹ „Alláh teroristy do ráje nepustí“. Interview mit dem Haupt-Imam der Prager Moschee El Badawy Karam, MF Dnes 30. Juli 2005.

¹³⁰ „Radikálové v Brně nežijí“. MF Dnes 12. Juli 2005.

¹³¹ www.wakf.com.

¹³² www.m-i-d.dk.

¹³³ Nachrichtensendung um 21.00 Uhr des dänischen Fernsehsenders DR, 8. Juli 2005.

¹³⁴ <http://www.hizb-ut-tahrir.dk/> und www.hizb-ut-tahrir.org/.

¹³⁵ <http://www.berlingske.dk/grid/forside/artikel.aid=605096.fid=100100752> (28. Juli 2005).

können und einigen Imamen die Erlaubnis erteilt wird, in Dänemark zu arbeiten und zu predigen, ohne die Sprache und Kultur des Landes zu verstehen¹³⁶.

In **Estland** veröffentlichten muslimische Führer Erklärungen gegen Terrorismus und religiös motivierte Gewalt, die von der führenden estnischen Tageszeitung *Postimees* in einem Artikel mit dem Titel „Estlands muslimische Gemeinden lehnen Terrorismus entschieden ab“¹³⁷ abgedruckt wurden.

In **Frankreich** verurteilte der nationale Islamrat (Conseil Français du Culte Musulman, CFCM), der mehrere muslimische Organisationen vertritt, die Anschläge und bekräftigte die Solidarität der muslimischen Gemeinschaft in Frankreich mit dem britischen Volk. Der Schweizer Professor und renommierte Intellektuelle Tariq Ramadan verurteilte die Bombenanschläge ebenfalls und forderte die Bürger auf, den Terror und die Spaltung der Gesellschaft zu bekämpfen. Er forderte eine Vereinigung der Völker gegen Terroristen, aber auch gegen jene, die den Terrorismus benutzen, um rassistisches Gedankengut zu verbreiten.¹³⁸

In **Deutschland** verurteilten die muslimischen Organisationen¹³⁹ die Anschläge öffentlich und betonten, dass solche Taten nicht durch religiöse Beweggründe legitimiert werden können. Verschiedene Organisationen riefen die deutsche Bevölkerung dazu auf, der muslimischen Gemeinde nicht mit Misstrauen zu begegnen. Nadeem Elyas, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), schlug vor, Muslime in Deutschland zum Partner im Kampf gegen den Terror zu machen¹⁴⁰, und bekräftigte die Bereitschaft des ZMD zur Zusammenarbeit mit nationalen Sicherheitseinrichtungen¹⁴¹. Der einflussreiche Schiit Imam Ghaemmaghami veröffentlichte ebenfalls eine Fatwa, in der die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als eine religiöse Grundpflicht für alle Muslime bezeichnet wurde¹⁴². Mehrere muslimische Organisationen bekundeten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und riefen ihre Mitglieder dazu auf, Extremisten in ihren Gemeinden zu melden.¹⁴³

¹³⁶ <http://www.jp.dk/indland/artikel:aid=3172406/> (28. Juli 2005).

¹³⁷ *Postimees*, (16. Juli 2005).

¹³⁸ Ramadan, T (2005) „Attentats de Londres : condamner absolument ... et faire exactement le contraire de qu'ils veulent“, in *Saphirnet.info*, (8. Juli 2005).
http://www.saphirnet.info/article_1722.html?PHPSESSID=17cf9355b27d5f91c524a9ab72a8c486 (21. Juli 2005).

¹³⁹ Die wichtigsten Organisationen sind der *Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)*, der *Islamrat, Milli Görüs (IGMG)*, *DITIB* und die *Islamische Föderation*. Eine Liste mit mehr als einem Dutzend muslimischer Organisationen wurde am 9. Juli zusammen mit ihren Erklärungen zur Verurteilung der Anschläge im Internet veröffentlicht; diese Liste ist abrufbar unter www.muslime-weltweit.de/Muslime-weltweit/Artikel/Deutschland/Stellungnahmen%20von%20Muslimen%20zum%20Terror.htm (28. Juli 2005).

¹⁴⁰ Pressemitteilung des ZMD (7. Juli 2005). Laut Angaben des ZMD waren die Reaktionen auf diesen Appell zu 80 Prozent „positiv“ (*Wiesbadener Kurier*, 19. Juli 2005).

¹⁴¹ *Tagesspiegel* online (15. Juli 2005).

¹⁴² *Hamburger Morgenpost* (28. Juli 2005).

¹⁴³ *Spiegel* online (14. Juli 2005; 26. Juli 2005); www.sueddeutsche.de (14. Juli 2005), FR (16. Juli 2005), S. 1.

In **Griechenland** verurteilten Vertreter der muslimischen Gemeinde, darunter Metso Jemali, der Mufti von Komotini, und Ilhan Ahmet, Mitglied des griechischen Parlaments, die Anschläge und brachten ihr Mitgefühl mit den Opfern zum Ausdruck, betonten aber zugleich, dass der Islam keine Terrorakte rechtfertige.

In **Irland** veröffentlichten die zwei großen muslimischen Organisationen – das Islamische Kulturzentrum von Irland (ICCI) und die Islamische Stiftung Irlands (IFI) – zwei Pressemitteilungen, in denen sie die Anschläge mit scharfen Worten verurteilten und eine klare Trennlinie zwischen der islamischen Gemeinschaft und den Bombenanschlägen zogen.

In **Italien** reagierten die muslimischen Organisationen auf die Anschläge mit öffentlichen Verurteilungen und rieten ihren Mitgliedern, Zurückhaltung zu üben und mit den Behörden so weit wie möglich zusammenzuarbeiten.¹⁴⁴ Der Verband junger Muslime in Italien rief all seine Mitglieder dazu auf, sich klar im Namen aller und insbesondere im Namen der Muslime in Europa gegen Terroranschläge auszusprechen. Die größte muslimische Organisation, die Vereinigung der islamischen Gemeinden und Organisationen in Italien (UCOII), erklärte, dass „Terrorismus unvereinbar mit der Lehre, dem Gesetz und der Kultur des Islams ist... wir verurteilen hiermit die Gräueltaten aufs Schärfste, die zur Auslöschung unschuldiger Menschenleben geführt haben oder auf die Spaltung der Gesellschaft zielen und bringen hiermit unsere tiefe Abscheu gegen die Instrumentalisierung und blasphemische Vereinnahmung des Korans zum Ausdruck. Wir fordern die italienischen Muslime dazu auf, diesen Taten keinen islamischen Wert beizumessen, sondern sie als Chaos und Zerwürfnis – arabisch *Fitna* – anzusehen, und betrachten es als unsere Pflicht und Verantwortung, uns davon mit aller Deutlichkeit zu distanzieren. Unseren Mitgliedern ist es streng untersagt, Menschen, die religionsfremder Gewohnheiten oder Überzeugungen in Bezug auf den Einsatz von Gewalt im Namen des Islams verdächtigt werden, indem sie unschuldige Menschen oder das bürgerliche und politische Fundament der Gesellschaft angreifen, materielle, logistische, verbale oder moralische Unterstützung zu gewähren. Unsere Mitglieder sollten sich gegenüber dem Staat loyal verhalten und geplante Anschläge oder die Bildung von Gruppen mit solchen Zielen melden.“ Die Erklärung wurde in den landesweiten Medien positiv kommentiert.

In **Polen** veröffentlichten die größten muslimischen Organisationen – die Muslimische Vereinigung der Republik Polen¹⁴⁵, die Muslimische Liga, der Muslimische Studentenverband und der Muslimische Verband für Kulturerziehung – Erklärungen, in denen sie die Bombenanschläge in London verurteilten. Mufti Tomasz Miśkiewicz, Vorsitzender des höchsten Kollegiums der Muslimischen Vereinigung, erklärte, dass der Islam den Terrorismus verurteile und die Täter der

¹⁴⁴ Lenzi Claudio: „Moschea, una lunga preghiera per condannare il terrorismo“, L'Unità, pagine Firenze, 9. Juli 2005.

¹⁴⁵ Diese Abkürzung ist nicht offiziell und wird nur für die Zwecke dieses Berichts verwendet.

Anschläge in London ihre gerechte Strafe erhalten sollten. Außerdem sprach er der britischen Nation und den Familien der Opfer sein Beileid aus.¹⁴⁶

In **Spanien** verurteilten die „Comision Islamica de España“ und die „Junta Islamica de España“ die Anschläge. Im April gaben die muslimischen Organisationen Spaniens eine Fatwa zum Thema Terrorismus heraus und warnten, dass jede Person, die auch nur den Versuch unternahme, einen Terrorakt mit der Religion zu rechtfertigen, als ein Feind des Islam betrachtet werde.¹⁴⁷ Am 22. Juli trafen Mansur Escudero, Generalsekretär der Comision Islamica de España, und Yusuf Fernandez, Sprecher der Federación Española de Entidades Religiosas Islamicas (FEERI), mit dem britischen Botschafter in Madrid zusammen, um ihr Beileid und ihre Abscheu vor den Anschlägen zum Ausdruck zu bringen und um die Solidarität der spanischen Muslime mit dem britischen Volk zu bekunden.¹⁴⁸

In **Schweden** verurteilten zahlreiche muslimische Organisationen die Terroranschläge in London. Der Imamrat verurteilte die Bombenattentate mit den Worten, dass „die Verantwortung dafür von jenen zu tragen sei, die diese Tat begangen haben. Wir übernehmen keinerlei moralische, kulturelle, politische oder religiöse Verantwortung für die Anschläge“.¹⁴⁹ Der Vorsitzende des Rates und der Imam der Moschee in Stockholm, Hassan Moussa, betonte, dass man solche „barbarischen Taten niemals akzeptieren könne“.¹⁵⁰ 22 muslimische Verbände in Südschweden verurteilten die Anschläge.¹⁵¹ Der Verband junger Muslime in Schweden bezeichnete die Bombenleger als „Feinde einer offenen Gesellschaft“.¹⁵² Der Muslimische Rat in Schweden forderte seine Mitgliederorganisationen dazu auf, jeglichen Gewalttaten entschieden entgegenzutreten.¹⁵³ Von der islamischen Bewegung Ahmadiyya wurden die Anschläge ebenfalls verurteilt.¹⁵⁴

2.4. REAKTION DER MEDIEN IN DER EU

In allen Mitgliedstaaten berichteten die Medien in den ersten Tagen nach den Bombenanschlägen in aller Ausführlichkeit über die Ereignisse, Reaktionen von Politikern, Meinungsführern und Vertretern der muslimischen Gemeinde und druckten Augenzeugenberichte und Berichte über Landsleute ab, die sich zu der Zeit in London aufhielten. Später verschob sich der Schwerpunkt auf Berichte über die Sicherheitslage, die Entwicklung von Terrorbewegungen und die Beziehung zwischen dem Islam und terroristischer Gewalt. Mit der Berichterstattung über die

¹⁴⁶ Erklärung der Muslimischen Vereinigung der Republik Polen; abrufbar unter: http://www.mzr.pl/index_oswiadczenie.php (1. August 2005).

¹⁴⁷ <http://www.webislam.com/default.asp?idn=1546> (26. Juli 2005).

¹⁴⁸ <http://www.webislam.com/default.asp?idn=1706> (3. Oktober 2005).

¹⁴⁹ *Tidningarnas Telegrambyrå* (7. Juli 2005).

¹⁵⁰ *Tidningarnas Telegrambyrå* (7. Juli 2005).

¹⁵¹ *Dagens Nyheter* (30. Juli 2005).

¹⁵² www.ungamuslimer.nu (22. Juli 2005).

¹⁵³ *Svenska Dagbladet* (22. Juli 2005).

¹⁵⁴ *Svenska Dagbladet* (22. Juli 2005).

Situation der Muslime in Europa und die möglichen Ursachen für die Radikalisierung von Teilen der muslimischen Gemeinde erweckte ein erneutes Interesse am Islam. Im Großen und Ganzen schienen die Medien sehr bemüht, den muslimischen Glauben oder die muslimischen Gemeinden nicht direkt mit Terrorismus oder radikalen Gruppierungen in Verbindung zu bringen. In vielen Fällen waren die Massenmedien besonders darauf bedacht, zwischen der pseudoreligiösen Rechtfertigung von Terrorismus und dem muslimischen Glauben zu differenzieren. Gelegentlich verschwamm diese Trennlinie jedoch mit dem geradezu inflationären Gebrauch von Ausdrücken und Schlagzeilen wie „islamischer Terrorismus“. Überdies schien die Verwendung der Begriffe „Islam“, „Muslim“, „Fundamentalismus“ die Leser oftmals eher zu verwirren als aufzuklären.

Es folgen einige Beispiele der nationalen Anlaufstellen aus ausgewählten Ländern.

In **Österreich** erschienen mehrere Artikel über die Sicherheit des U-Bahn-Netzes in Wien und die Situation der muslimischen Gemeinde, insbesondere über den Einfluss radikaler Prediger. Die österreichische Tageszeitung *Die Presse* druckte auf einer vollen Titelseite das Interview mit einem Imam, Abu Muhammad, und dem stellvertretenden Leiter einer Moschee ab, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung als radikal eingestuft wurden.¹⁵⁵ In derselben Ausgabe erschien ein von einem Vertreter der islamischen Glaubensgemeinde verfasster Kommentar, in dem der Umgang Österreichs mit seinen Muslimen als mustergültig und als Vorbild für Europa gelobt wurde.¹⁵⁶

Eines der Hauptthemen in **Belgien** war die „Radikalisierung muslimischer Jugendlicher“ und die möglichen Ursachen wie sozioökonomische Benachteiligung, Entfremdung, Identitätskrisen und die internationale Politik. Außerdem befassten sich die Medien mit der nationalen Sicherheitslage und der Möglichkeit, dass Brüssel als Hauptsitz der NATO und Sitz vieler Einrichtungen und Organe der EU zur Zielscheibe von Terroristen werden könnte.¹⁵⁷ In den meisten Medien wurde zwischen den Terroranschlägen, den muslimischen Gemeinden und dem muslimischen Glauben klar unterschieden. Die Standpunkte muslimischer Führer, die den Terrorismus verurteilten, wurden klar herausgestellt.

In der **Tschechischen Republik** wurde in vielen Kommentaren und Presseinterviews die Notwendigkeit spezieller Sicherheitsmaßnahmen und -vorkehrungen angesprochen, insbesondere für die Sender *Radio Free Europe/Radio Liberty*, die ihren Sitz in Prag haben und ihre Sendungen in muslimische Länder übertragen. Die militärische Präsenz der Tschechischen Republik im Irak und in Afghanistan wurde in diesem Zusammenhang ebenso

¹⁵⁵ *Die Presse*, (21.07.2005), „Wiener Imam: ‚Glaube nicht an Demokratie‘“, S. 1.

¹⁵⁶ Al-Rawi, O. (2005) „Die Integration der Muslime in Europa“, in: *Die Presse*, (21. Juli 2005), S. 26.

¹⁵⁷ *Expatica*, (8. Juli 2005), „Is Brussels safe from attack?“ (Ist Brüssel vor Anschlägen sicher?), abrufbar unter http://www.expatica.com/source/site_article.asp?subchannel_id=24&story_id=21772&name=Is+Brussels+safe+from+attack%3F, 25. Juli 2005).

diskutiert wie die Unterstützung von Terrororganisationen vor dem Niedergang des Kommunismus im Jahr 1989.

In **Estland** konzentrierten sich die Medien auf die Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen in Estland¹⁵⁸ und den „islamischen Terrorismus“ oder „islamischen Fundamentalismus“ und bezeichneten den religiös motivierten Terrorismus als ein Zerrbild des „wahren Islams“.

In **Finnland** berichteten die Medien in ausgewogener Form über die Ereignisse. Die Zeitung *Helsingin Sanomat* widmete der Diskussion und Analyse von Fragen der Integration von Einwanderern eine ganze Seite.¹⁵⁹ Außerdem veröffentlichte sie Beiträge von Hochschullehrern wie Sylvia Akar, die argumentierte, dass sich die Ideologie der Terroristen nicht aus dem Islam ableite¹⁶⁰, sowie Teemu Sinkkonen, der den Standpunkt vertritt, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht auf Kosten liberaldemokratischer Werte geführt werden könne¹⁶¹.

In **Frankreich** konzentrierten sich die Medien auf Fragen der Sicherheit. Dabei standen die Bewertung der Gefahren für Frankreich und die für die Polizei verfügbaren Mittel zur Verhinderung von Anschlägen im Mittelpunkt. Über die muslimische Gemeinde in Frankreich gab es nur vereinzelte Berichte. In diesen Berichten wurde zwischen Terrorismus und der muslimischen Gemeinde oder dem muslimischen Glauben klar unterschieden. *Le Monde* veröffentlichte einen Bericht über die muslimische Gemeinde in Paris, in dem der Verfasser deutlich hervorhob, dass die Bombenanschläge von französischen Muslimen verurteilt wurden: „Die Mehrheit der Muslime sind Opfer des Terrorismus. Der Glaube lehrt uns, dass Unschuldige nicht getötet werden dürfen“.¹⁶²

In **Deutschland** war die Reaktion der Medien von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen ausgewogen. Im Großen und Ganzen unterschieden die Medien klar zwischen Terroranschlägen und dem muslimischen Glauben bzw. der muslimischen Gemeinschaft.¹⁶³ Die Medien berichteten ausführlich über die Entwicklungen in London, aber auch über die Reaktionen der muslimischen Organisationen in Deutschland. Viele Zeitungen veröffentlichten Hintergrundinformationen über verwandte Themen, etwa über die nationale Sicherheitslage und den islamischen Extremismus; in diesem Kontext befassten sich einige Zeitungen auch mit dem Thema der Integration und der Situation muslimischer Gemeinden. Ein Artikel in der *Welt am Sonntag* mit dem Titel „Die Bombenleger sind unter uns“ (10.7.2005) wurde eine Woche später in derselben

¹⁵⁸ *Postimees*, (21. Juli 2005).

¹⁵⁹ *Helsingin Sanomat* (24. Juli 2005).

¹⁶⁰ *Helsingin Sanomat* (28. Juli 2005).

¹⁶¹ *Helsingin Sanomat* (13. Juli 2005).

¹⁶² Ternisien, X (2005), „A Paris, à la mosquée, on ne fait pas de politique“, in *Le Monde* (10.07.2005).

¹⁶³ Laut einem in der muslimischen Zeitung *Islamische Zeitung* (27.07.2005) erschienenen Leitartikel wurde in den landesweiten Medien eine klare Unterscheidung zwischen Muslimen und Terroristen getroffen.

Zeitung von Bassam Tibi, einem Politikwissenschaftler syrischer Herkunft mit deutscher Staatsbürgerschaft, als voreingenommen kritisiert.¹⁶⁴

In **Griechenland** stellten die Medien im Allgemeinen keine Beziehung zwischen Terrorismus und dem muslimischen Glauben her. Die Ereignisse weckten jedoch ein erneutes Interesse am Islam, da in der Presse mehrere Artikel über die Situation von Muslimen in Europa und die möglichen Ursachen für die Radikalisierung der muslimischen Jugend erschienen waren. Die politische Lage im Nahen Osten wurde häufig als ein möglicher Einflussfaktor für die Radikalisierung europäischer Muslime genannt. Der nationalen Anlaufstelle liegen vier Artikel vor, die im Zeitraum zwischen Ende Juli und Ende August in der auflagenstärksten Zeitung Griechenlands, der Sonntagszeitung *To Vima*, abgedruckt wurden.¹⁶⁵ In diesen Artikeln wurde Europa vorgeworfen, „islamische Extremisten zu dulden, und behauptet, dass „der Koran für Hass und Heiliger Krieg stehe“. Andererseits wurde in der ebenfalls auflagenstarken Zeitung *TA NEA* Kritik an der Polizei geäußert, die mehrere in Athen lebende muslimische Einwanderer, insbesondere Pakistaner und Bangladescher, überwachen lässt.¹⁶⁶

In **Ungarn** berichteten die Medien ausführlich über die Ereignisse, und das Thema Terrorismus beherrschte die öffentliche Diskussion.¹⁶⁷ Die Hauptthemen waren der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Europa¹⁶⁸, die Verfassungsmäßigkeit und Wirksamkeit¹⁶⁹ von Anti-Terror-Maßnahmen¹⁷⁰, mögliche Vergeltungsangriffe auf Minderheiten¹⁷¹ und die Sicherheitspolitik angesichts der ins Stocken geratenen Ratifikation der Europäischen Verfassung¹⁷².

¹⁶⁴ *Welt am Sonntag* (17. Juli 2005).

¹⁶⁵ I. Marinos, «Το Λοντονιστάν πληρώνει – οι απερίοριστες ατομικές ελευθερίες επιτρέπουν να υποστηρίζεις ο,τιδήποτε» in *To Vima* (31. Juli 2005) ; I. Marinos, «Ισλάμ : επίθεση ή άμυνα ; Η Ευρώπη εθελουτυφλούσα κατέληξε σε εκτροφείο εξτρεμιστών ισλαμιστών» in *To Vima* (7. August 2005), I. Marinos, «Επικίνδυνα εθελουτύφλωση – Ας δούμε ποιοί είναι οι πραγματικοί και όχι οι υποτιθέμενοι τρομοκράτες» in *To Vima* (21. August 2005); I. Marinos, «Τι διδάσκει ο Μωάμεθ – Εν αντιθέσει με ό,τι υποστηρίζεται, οι τρομοκράτες ενεργούν υπακούοντας στο Κοράνι» in *To Vima* (28. August 2005).

¹⁶⁶ *TA NEA*, 5. August 2005.

¹⁶⁷ Es wurden zwei Presseanalysen von „Political Capital“ (Policy Research and Consulting Institute), abrufbar unter <http://www.hirszerzo.hu> (26. Juli 2005) und Gyárfás, D. (2005) „Szent háború a keresztények ellen? Az iszlám szerepe a terrorban“, abrufbar unter <http://www.hirszerzo.hu/cikk.php?id=985#founded>, durchgeführt (28. Juli 2005).

¹⁶⁸ Siehe beispielsweise Bártfai, G. (2005) „A terror diadala“ <http://www.magyarhirlap.hu/cikk.php?cikk=95294>, (26. Juli 2005).

¹⁶⁹ Siehe beispielsweise Kepecs, F. (2005) „Nem szakadhat a cérna“, abrufbar unter <http://www.nepszava.hu/default.asp?cCenter=article.asp&nID=745827> (26. Juli 2005).

¹⁷⁰ Siehe beispielsweise Gaál, Cs. (2005): „Borult égből“, abrufbar unter http://www.vg.hu/index3.php?app=archivum&a=1000&kereses_hely=2&q1=%E9gb%F51 (26. Juli 2005).

¹⁷¹ Siehe beispielsweise http://www.tv2.hu/Archivum_cikk.php?cikk=100000105344&archiv=1&next=0 (28. Juli 2005).

¹⁷² Siehe beispielsweise Rónay, T. (2005) „A terror társadalma“, abrufbar unter <http://www.nepszava.hu/default.asp?cCenter=article.asp&nID=743700> (26. Juli 2005).

In **Irland** reagierten die Medien im Wesentlichen objektiv und druckten informative Berichte und Analysen über das Geschehen ab. Vereinzelt kam es zu sensationslüsternen Spekulationen über die mögliche Bedrohung durch islamische Terroristen in Irland und anderen Teilen Europas. Einige Artikel nahmen die Anschläge in Großbritannien zum Anlass, skeptische Meinungen zur kulturellen und ethnischen Vielfalt und Einwanderung in Irland wiederzugeben. Die meisten großen Zeitungen rückten die Befürchtungen der muslimischen Gemeinde in Irland in den Vordergrund; so hieß es beispielsweise in der *Irish Times*: „Irische Muslime fürchten Dämonisierung“¹⁷³.

In **Italien** reagierten die Medien unterschiedlich. Während einige Zeitungen nicht zwischen Muslimen und Terroristen differenzierten, legten andere großen Wert auf eine klare Trennung. Forderungen nach strengen Einwanderungskontrollen wurden ebenfalls häufig diskutiert. Das Parteiorgan der Liga Nord, *La Padania*, stellte eine Beziehung zwischen den Bombenanschlägen und muslimischen Einwanderern und der Notwendigkeit strengerer Einwanderungskontrollen her. Der *Corriere della Sera* veröffentlichte einen Artikel zu den Londoner Bombenanschlägen von Oriana Fallaci, die darin behauptete, dass Europa zu „Eurabia“ geworden sei, weil es seine Augen vor der „Invasion der Muslime“ verschlossen habe.¹⁷⁴ Eine andere Tageszeitung, der *Liberio*, druckte das Interview von Oriana Fallaci mit einem polnischen Fernsehsender ab, in dem sie ihren persönlichen Standpunkt bekräftigte.¹⁷⁵ Andere Medien setzten sich hingegen für eine offene öffentliche Debatte zu den Bombenanschlägen ein und boten Vertretern der muslimischen Gemeinde Gelegenheit, ihre Vorschläge zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen der Terroranschläge zu präsentieren.¹⁷⁶

In **Lettland** veröffentlichte die nationale Nachrichtenagentur LETA nach einem Bericht über die Forderungen der Terroristen, die bewaffneten Streitkräfte aus dem Irak abzuziehen¹⁷⁷, eine Stellungnahme des stellvertretenden Leiters der Verfassungsschutzbehörde, der darin betonte, dass es im Baltikum keine radikalen islamischen Gruppierungen gebe und die in Lettland lebenden Muslime voll in die Gesellschaft integriert seien¹⁷⁸.

In **Litauen** berichteten die Medien in den ersten Wochen nach den Anschlägen über verwandte Themen, etwa über die Vermeidung möglicher Terrorakte, Herausforderungen im Zusammenhang mit den Einwanderungsströmen in die EU und die Situation von Muslimen in europäischen Ländern. Im August führte die Nachrichtenagentur BNS eine repräsentative Meinungsumfrage durch, um zu

¹⁷³ *Irish Times*, 15. Juli 2005.

¹⁷⁴ Fallaci Oriana: „*Il nemico che trattiamo da amico*“ (Den Feind, den wir als Freund behandeln), *Corriere della Sera*, 16. Juli 2005.

¹⁷⁵ „Intervista concessa da Oriana Fallaci a Padre Andrzej Majewski, caporedattore della televisione pubblica polacca (Telewizja Polka)“, in: *Liberio* (14. August 2005).

¹⁷⁶ Aly Baba Faye: „*Il nostro grido di islamici contro i terroristi*“ (Unsere Klagerufe als Muslime gegen die Terroristen), *l'Unità*, 26. Juli 2005. Siehe auch: Hamza Roberto Piccardo: „*Noi, islamici d'Occidente*“ (Wir, die Muslime des Westens), *il Manifesto*, 15. Juli 2005.

¹⁷⁷ „Teroristi draud Latvijai“, in: *National News Agency LETA*, (20. Juli 2005).

¹⁷⁸ Sloga, G. (2005) „Teroristi draud Latvijai“, in: *Diena*, (20. Juli 2005), S. 6.

ermitteln, wie stark sich die Öffentlichkeit vom Terrorismus bedroht fühlt.¹⁷⁹ 19 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass vom „islamischen Terrorismus“ in Litauen eine reale Bedrohung ausgehe. Die Mehrheit (45,8 Prozent) vertrat jedoch die Auffassung, dass die Bedrohung zwar real sei, Terrorakte in Litauen aber eher unwahrscheinlich seien.

In **Luxemburg** wurde in der Zeitung *Luxemburger Wort* zwischen Terroristen und Muslimen klar unterschieden und an die Bevölkerung appelliert, sich nicht von Personen beeinflussen zu lassen, die versuchen, rechtschaffene muslimische Bürger als Kriminelle hinzustellen.

In den **Niederlanden** war die Berichterstattung der Presse und des Fernsehens über die Geschehnisse ausgewogen. Im Fernsehen wurde Filmmaterial der BBC ausgestrahlt. Die Berichte der BBC waren auch insofern für die Niederländer von Bedeutung, als sie klar und deutlich vermittelten, dass die britische muslimische Gemeinschaft die Anschläge scharf verurteilte und sowohl der britische Premierminister Tony Blair als auch der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone die Attentäter als Kriminelle bezeichneten, die nicht die muslimische Gemeinschaft repräsentieren. Die Medien konzentrierten sich hauptsächlich auf Sicherheitsmaßnahmen, die möglichen Verbindungen zur Al-Qaida und die Tatsache, dass die Bombenleger von London britische Staatsbürger waren (ähnlich wie die Mörder des Filmemachers Theo Van Gogh in den Niederlanden). Eine Woche nach den Bombenanschlägen verschob sich der Fokus in der Berichterstattung auf das Gerichtsverfahren gegen die Mörder von Van Gogh.

In **Polen** waren die meisten Medienberichte über die Opfer und Fortschritte bei den strafrechtlichen Ermittlungen zunächst rein informativ. Später wurden Artikel veröffentlicht, in denen die Ereignisse umfassender analysiert und die besonnene Reaktion der britischen Öffentlichkeit gelobt wurden. Weitere Themen waren die Bedrohungslage in Polen und inwieweit das Land auf entsprechende Anschläge vorbereitet ist, die Ursachen für den Terrorismus, der Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der militärischen Intervention im Irak, Sicherheitsmaßnahmen und Formen der Terrorbekämpfung, hinnehmbare Einschränkungen der Bürgerrechte angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus und die Situation muslimischer Minderheiten in Europa. In den Medien wurde über die Ereignisse in sehr unterschiedlicher Form berichtet. Das Meinungsspektrum reichte vom „Kampf der Kulturen“ („Heiliger Krieg mit Dschihad“¹⁸⁰, „Belagerungszustand“¹⁸¹) bis hin zu jenen, die die Notwendigkeit betonten, Pluralismus und Toleranz zu bewahren. Vereinzelt gab es fremdenfeindliche Artikel und Hassreden. Nach der zweiten Anschlagserie in London wurde der Ton in den Medien schärfer: „Sie wollen

¹⁷⁹ Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 24. bis zum 28. August 2005 durchgeführt, und die Ergebnisse wurden am 21. September 2005 in DELFI, „Islamoterizmo grėsmė - reali, bet mažai tikėtina, mano dauguma lietuvių“ veröffentlicht. Die Ergebnisse sind abrufbar unter <http://www.delfi.lt/archive/print.php?id=7532516> (21. September 2005).

¹⁸⁰ Ostrowski, M. (2005) „Święta wojna z dżihadem?“, [„Heiliger Krieg mit Dschihad?“], *Polityka*, (23. Juli 2005), S. 22 bis 25.

¹⁸¹ Ostrowski, M. (2005) „Stan oblężenia“, [Belagerungszustand], in: *Polityka*, (30. Juli 2005), S. 22 bis 24.

unsere Vernichtung¹⁸² und „Muslime raus aus Polen?“¹⁸³, „New York, Madrid, London. Völkermord des 21. Jahrhunderts“¹⁸⁴.

In **Portugal** stellten einige Medien eine direkte Beziehung zwischen den Anschlägen und den Rechten her, die den muslimischen Gemeinschaften im Vereinigten Königreich und in anderen europäischen Ländern gewährt werden, und sprachen sich für strengere Kontrollen aus.¹⁸⁵ Andere Medien betonten die Notwendigkeit größerer Anstrengungen, um den Dialog mit den muslimischen Gemeinden zu fördern und mehr Toleranz bei Themen im Zusammenhang mit den muslimischen Gemeinden zur Wahrung der bürgerlichen Freiheiten und sozialen Rechte zu üben.¹⁸⁶

In der **Slowakei** berichteten die Medien ausführlich über die Ereignisse. In den meisten Kommentaren wurden die Bombenleger als „islamische Extremisten“ oder „Islamisten“ bezeichnet, doch es wurde auch versucht, die Terroristen nicht mit der muslimischen Gemeinde oder dem Islam gleichzusetzen. Die Situation im Irak und in Afghanistan wurde häufig als Einflussfaktor für die terroristische Bedrohung genannt. Nach einer von Markant im Auftrag der Tageszeitung *SME* durchgeführten Meinungsumfrage halten fast 40 Prozent der Befragten die „aggressive Auslands politik bestimmter westlicher Staaten“ für die Hauptursache; weitere 40 Prozent machen religiösen oder ideologischen Fanatismus für den Terror verantwortlich, und 8,2 Prozent sehen die Ursache in der Armut.¹⁸⁷ Anfang Oktober veröffentlichte die Tageszeitung *SME* die Ergebnisse einer anderen repräsentativen Umfrage, was die slowakische Bevölkerung vom Islam und von den Muslimen hält.¹⁸⁸ 40,9 Prozent antworteten, dass sie vom Islam eine schlechtere Meinung als von anderen Religionen haben. 41,7 Prozent der Befragten halten den Islam für gleichwertig mit anderen Religionen.¹⁸⁹ Die Frage „Würden Sie dem Bau einer Moschee in der Nähe Ihres Hauses zustimmen?“ wurde zu 12,2 Prozent bejaht, zu 61,5 Prozent verneint, während 26,3 Prozent keine Meinung äußerten.

In **Spanien** konzentrierten sich die Medien auf die möglichen Ursachen und Auswirkungen der Anschläge. Nach Auskunft der von der nationalen Anlaufstelle befragten muslimischen Organisationen haben die Berichte in den Medien - von einigen wenigen negativen Ausnahmen abgesehen - der muslimischen Gemeinde nicht geschadet.¹⁹⁰ Die wichtigsten Medien des Landes, vor allem die Tageszeitung

¹⁸² *Newsweek*, (31. Juli 2005).

¹⁸³ *Polityka*, (23. Juli 2005).

¹⁸⁴ *Wprost, Sonderausgabe*, (17. Juli 2005).

¹⁸⁵ http://dn.sapo.pt/2005/07/17/editorial/o_inimigo_dentro_casa.html (31. August 2005) oder

<http://www.correiodamanha.pt/noticia.asp?id=166234&idCanal=93> (31. August 2005).

¹⁸⁶ <http://dn.sapo.pt/2005/07/09/opinio/maniqueismo.html> (31. August 2005) oder

http://dn.sapo.pt/2005/07/13/opinio/a_europa_contra_o_terrorismo.html (31. August 2005).

¹⁸⁷ *SME*, 11. Juli 2005, „Ľudia: Za terorizmus môže agresívna politika“,

<http://www.sme.sk/clanok.asp?cl=2292126> (19. Juli 2005).

¹⁸⁸ *SME*, 3. Oktober 2005, „Na Slovensku moslimov a mešity Ľudia nechci“,

http://www.sme.sk/clanok_tlac.asp?cl=2406290.

¹⁸⁹ *SME*, 3. Oktober 2005, „Islam“, http://www.sme.sk/clanok_tlac.asp?cl=2406353.

¹⁹⁰ Laut den telefonischen Auskünften von Mansur Escudero, Generalsekretär der Comisión Islámica de España (22. Juli 2005), Riay Tatory, Präsident der UCIE (22. Juli 2005), Abdennur

El Pais und die zum Medienkonzern PRISA gehörenden Medien, waren um eine klare Trennung zwischen Terrorismus und dem muslimischen Glauben bemüht. Die großen Zeitungen des Landes veröffentlichten jedoch keine Erklärungen repräsentativer muslimischer Organisationen, die den Terrorismus verurteilten.

In **Schweden** berichteten die Medien über die Ereignisse durchweg in ausgewogener Form und druckten angemessene Erklärungen von Meinungsführern und Politikern ab. Es wurden keine lautstarken Forderungen nach Zuwanderungsbeschränkungen für Muslime erhoben oder Andeutungen gemacht, dass die muslimischen Gemeinden schuld am Terrorismus seien. Vertreter der muslimischen Gemeinde erhielten ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme. Bisweilen wurde die Möglichkeit angedeutet, dass kleine muslimische Gruppierungen und Personen Terroranschläge finanzierten oder sich bereit erklärten, Terrorakte zu verüben. *Dagens Nyheter* äußerte sich zur Verantwortung der muslimischen Gemeinde, die „verhindern müsse, dass ihre Religion zur Geisel gemacht und von Männern vereinnahmt wird, die den Tod mehr lieben als das Leben“. ¹⁹¹ *Svenska Dagbladet* machte für die Rekrutierung von Terroristen in den muslimischen Gemeinden Europas den unzulänglichen Integrationsprozess und Diskriminierung verantwortlich. ¹⁹² *Aftonbladet* sieht Diskriminierung und Rassismus ebenfalls als den Nährboden für Terrorismus und fügt hinzu, dass eine „aggressive Auslandspolitik“ und Islamfeindlichkeit die Gefahr von Terroranschlägen erhöhen. ¹⁹³ *Expressen* bezeichnete die Auffassung der Terroristen vom Wesen des Islams als „pervers“. ¹⁹⁴

Prado, Generalsekretär der Junta Islámica (22. Juli 2005) sowie Yusuf Fernández, Sprecher der Federación Española de Entidades Religiosas Islámicas (FEERI) und Direktor von Webislam (25. Juli 2005).

¹⁹¹ *Dagens Nyheter* (22. Juli 2005).

¹⁹² *Svenska Dagbladet* (14. Juli 2005).

¹⁹³ *Aftonbladet* (15. Juli 2005).

¹⁹⁴ *Expressen* (7. Juli 2005).

2.5. BEISPIELE FÜR INITIATIVEN VON INTERESSENGRUPPEN IN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN (Behörden, muslimische Organisationen und NRO) ZUR VERMEIDUNG VON ISLAMFEINDLICHKEIT UND ZUR STÄRKUNG DES ZUSAMMENHALTS

Als Folge der Ereignisse in London wurden vor allem in Mitgliedstaaten mit großen muslimischen Gemeinden neue Initiativen ins Leben gerufen oder vorhandene Initiativen verstärkt. Obgleich es schwierig und noch zu früh ist, die Auswirkungen der Anschläge vom 7. Juli und in der Zeit danach zu bewerten, scheinen Vorschläge für einen verstärkten Dialog zwischen den muslimischen Gemeinden und dem Staat oder zwischen Glaubensrichtungen in manchen Fällen neue Schubkraft erhalten zu haben. Beispielsweise wurde in Italien eine Regierungsinitiative zur Bildung eines Beratungsgremiums für Muslime nach dem 7. Juli im Eilverfahren durchgebracht. In Deutschland wird derzeit die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zwischen dem Staat und den muslimischen Gemeinden verbessert. Außerdem riefen die Organisationen muslimischer Gemeinden neue Initiativen ins Leben, in denen sie ihre Bereitschaft zur Förderung der Integration in allen Gemeinden sowie zur Bekämpfung der Radikalisierung einiger Mitglieder signalisierten. Beispielsweise hat der Muslimische Rat in Schweden entschieden, Imame in Staatsbürgerkunde zu unterrichten.

Es folgen einige Beispiele der nationalen Anlaufstellen aus ausgewählten Ländern.

In **Österreich** plant die Islamische Glaubensgemeinschaft im Januar 2006 eine weitere europäische Konferenz der Imame zu den Themen Fundamentalismus und Terrorismus.¹⁹⁵ Mehrere Initiativen zur Förderung des Dialogs mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft, beispielsweise die Zusammenarbeit mit Schulen, werden fortgesetzt.¹⁹⁶

In **Dänemark** traf der Premierminister am 20. September mit 19 Vertretern, einschließlich Imamen, aus der muslimischen Gemeinde zusammen, um einen Dialog zu Fragen der Integration und Terrorismusbekämpfung aufzunehmen¹⁹⁷. Die Einbeziehung von Imamen wurde heftig debattiert, da hiermit die Frage nach der Rolle der Religion in der Politik aufgeworfen wurde. Auf Anregung der islamischen Gemeinde fand am 24. September in Zusammenarbeit mit anderen muslimischen Organisationen eine Anti-Terror-Konferenz statt.¹⁹⁸ Ein wesentliches

¹⁹⁵ Interview mit Andrea Saleh, (27. Juli 2005).

¹⁹⁶ Verschiedene Informationen der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, September-Oktober 2005.

¹⁹⁷ Website der politischen Partei „Venstre“, [http://www.venstre.dk/index.php?id=rss2feed&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=359&tx_ttnews\[backPid\]=301&cHash=532b43f3f9](http://www.venstre.dk/index.php?id=rss2feed&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=359&tx_ttnews[backPid]=301&cHash=532b43f3f9) (29. September 2005).

¹⁹⁸ <http://www.dr.dk/pubs/nyheder/template/printarticle.jhtml?sectionID=6&articleID=265936&publicationID=1> (28. Juli 2005).

Ziel der Konferenz „Sicherheit und Zusammenarbeit“ (Sikkerhed og Samarbejde) bestand darin, der muslimischen Gemeinde und der allgemeinen Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zu vermitteln, dass der Islam keinen Terrorismus akzeptiere.¹⁹⁹

In **Frankreich** fand vom 11. bis zum 13. September in Lyon das 19. Dialogtreffen statt, die jedes Jahr von der katholischen Kirchengemeinde Sant“ Egidio organisiert wird.²⁰⁰ Die Treffen zielen darauf ab, engere Bande zu knüpfen und durch Friedensdebatten Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen zu erarbeiten. Die Religionsführer sprachen auch über Wege zur Trennung zwischen Glauben und Krieg. Der Vorsitzende des Islamischen Rats in Frankreich Dalil Boubakeur war ebenfalls unter den Teilnehmern. Weiterhin nahmen Innenminister Nicolas Sarkozy und die frühere Ministerin und Präsidentin des Europäischen Parlaments Simone Veil an der Veranstaltung teil. Die französische Regierung beteiligte sich an der Finanzierung der Veranstaltung.

In **Deutschland** forderten Vertreter muslimischer Organisationen eine intensivere Debatte innerhalb der muslimischen Gemeinde über die religiöse Pflicht, der Verfassung zu gehorchen, und die Gefahren einer Fehlinterpretation des Koran. Der Berliner Innensenator²⁰¹ schloss sich dem Vorschlag zur Verstärkung der Debatte über den Islam an. Salim Abdullah, Leiter des Zentralinstituts *Islam-Archiv*, drängte die deutsche Regierung, Vertreter der muslimischen Gemeinde an gemeinsamen Treffen zu beteiligen.²⁰² Muslimische Organisationen wie der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und der Islamische Rat beklagten das Fehlen einer stimmigen, langfristig angelegten Muslim-Politik in Deutschland und regten an, dass Politiker und Meinungsführer Moscheen besuchen sollten, um die Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu verbessern.²⁰³

Die Leiterin der Verfassungsschutzbehörde in Berlin schlug vor, die muslimischen Gemeinden in den Kampf gegen den Terrorismus einzubeziehen. Ihre Behörde wird eine „vertrauliche Telefon-Hotline“ einrichten, unter der Informationen über terroristische oder extremistische Aktivitäten auch in arabischer oder türkischer Sprache gemeldet werden können²⁰⁴.

Am 22. September fand ein hochrangiges Treffen der großen muslimischen Dachorganisationen ZMD und DITIB sowie führender Vertreter des Bundeskriminalamts (BKA), der Behörden der Länder und des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Erörterung neuer Formen der Zusammenarbeit statt. Sie vereinbarten die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, der Vertreter der muslimischen Gemeinde und deutscher Sicherheitseinrichtungen angehören. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, mögliche Bereiche für die Zusammenarbeit zu ermitteln und gemeinsame Vorschläge für „vertrauensbildende Maßnahmen“ zu entwickeln. Beispiele für solche Maßnahmen wären etwa die Verstärkung des Dialogs

¹⁹⁹ www.wakf.com (29. September 2005).

²⁰⁰ <http://www.santegidio.org/EN/ecumenismo/uer/2005/programma.htm> (6. Oktober 2005).

²⁰¹ *Tagesspiegel* online (9. Juli 2005).

²⁰² *Westfalenpost* (20. Juli 2005).

²⁰³ *taz* NRW (9. Juli 2005), S. 1.

²⁰⁴ *Berliner Morgenpost* (22. Juli 2005); *taz* Berlin (22. Juli 2005), S. 21.

zwischen den Moscheegemeinden und den örtlichen Polizeibehörden, ein gegenseitiger Informationsaustausch und die Bestimmung von Verbindungspersonen innerhalb der Polizei und der muslimischen Gemeinden. Die Arbeitsgruppe soll die ersten Ergebnisse des Treffens im Dezember 2005 vorlegen. Zwei weitere große muslimische Organisationen, Milli Görüs und der Islamrat, wurden nicht zur Teilnahme an diesem Treffen eingeladen; Vertreter beider Organisationen lehnten diese Art von Zusammenarbeit ab.

In **Italien** berichteten Führer der größten muslimischen Organisation, der Union Islamischer Gemeinden und Organisationen in Italien (UCOII), über positive Reaktionen und Initiativen zugunsten von Muslimen, beispielsweise in Florenz, wo die Kommunalbehörde ihre Unterstützung für den Bau einer Moschee zusicherte.

Der Innenminister richtete ein Beratungsgremium für Muslime ein. Dieses neue Gremium wird das Ministerium beraten und ihm Vorschläge für die Integration und den Islam vorlegen. Das Beratungsgremium führt Untersuchungen und Analysen durch, um die Kenntnisse über die Situation der in Italien lebenden muslimischen Gemeinden zu erweitern. Außerdem wird es Vorschläge zu Integrationsfragen erarbeiten. Seine Mitglieder werden vom Minister ernannt und aus dem Kreis der islamischen Glauben- und Kulturgemeinde gewählt, unabhängig davon, ob sie Vertreter oder Mitglied einer der verschiedenen muslimischen Organisationen sind.²⁰⁵ Die muslimischen Organisationen haben auf diese Ankündigung bislang verhalten reagiert und scheinen auf die Veröffentlichung der Liste mit den Mitgliedern des Beratungsgremiums zu warten. Es bleibt abzuwarten, ob das Beratungsgremium ein formales Vereinbarungsprotokoll mit dem Staat ähnlich wie das zwischen dem Staat und anderen Glaubensgemeinschaften unterzeichnen wird.

In den **Niederlanden** verlagerte sich der politische Diskurs von Anti-Terror-Maßnahmen zur Gestaltung politischer Strategien, um der Radikalisierung muslimischer Jugendlicher entgegenzuwirken. Die Regierung erarbeitete zwei Leitlinienpapiere zum Radikalismus und zur Radikalisierung. Im ersten Leitlinienpapier wurde die Situation in den Niederlanden analysiert, welche die Voraussetzung für eine Radikalisierung schafft, und eine umfassende Regierungsstrategie zur Bekämpfung von **Radikalismus und Radikalisierung dargelegt** – darunter auch Meinungen, wie sich der „islamische Extremismus“ zügeln lässt.²⁰⁶ Das Leitlinienpapier skizziert im Wesentlichen drei Stoßrichtungen: erstens, die Stärkung der Beziehungen in der niederländischen Gesellschaft, insbesondere zu Gruppen, die mit radikalem Gedankengut sympathisieren; zweitens, die Stärkung der Zivilgesellschaft, d. h. Erhöhung ihrer

²⁰⁵ Italien / Innenministerium (2005), *Nasce la consulta dell'Islam italiano*, Pressemitteilung, 10. September 2005, abrufbar unter <http://www.interno.it/news/articolo.php?idarticolo=21310> (28. September 2005).

²⁰⁶ NL, Justizminister, (2005), *Nota radicalisme en radicalisering*. Siehe auch: „Broad government anti-radicalism and radicalisation approach“ (Breit angelegtes Konzept der Regierung gegen Radikalismus und Radikalisierung), abrufbar unter http://www.minjus.nl/english/press/press_releases/archive/archive_2005/50823broad_governme nt_anti_radicalism_and_radicalisation_approach.asp (3. Oktober 2005).

Verteidigungsbereitschaft, damit jeder Einzelne ebenso wie ganze Gemeinden dem Extremismus oder dem Versuch der Vereinnahmung entschieden entgegen treten; drittens, aktive Intervention durch den kreativen Einsatz vorhandener gerichtlicher und administrativer Maßnahmen. Dadurch könnte die Verherrlichung von Gewalt zu einer Straftat erklärt werden, und es könnten rechtliche Schritte gegen terroristische Erklärungen und die Verbreitung von Hassbotschaften im Internet eingeleitet werden.

Das zweite Leitlinienpapier ist ein Aktionsprogramm mit insgesamt 32 konkreten Projekten und Maßnahmen, die auf die Verhinderung von Radikalisierungsprozessen zielen²⁰⁷. Die Aktivitäten konzentrieren sich hier vor allem auf junge Menschen, die als besonders empfänglich für radikales Gedankengut gelten. Verschiedene Teile des Aktionsprogramms sind daher darauf ausgerichtet, Eltern, Glaubensführer, Jugendarbeiter und Lehrer mit Informationen und Hilfeangeboten zu versorgen. Die Projekte werden mit Partnern wie dem nationalen Beratenden Ausschuss für Minderheiten, den muslimischen Dachorganisationen (CMO), einem Verbindungsausschuss für Muslime und die Regierung und CGI (Contactgroep Islam) durchgeführt.

In **Polen** organisierte die Muslim-Liga die Verlesung von Communiqués, in denen die Angriffe auf religiöse Zentren in polnischen Städten verurteilt wurden.²⁰⁸ Am 15. September kündigte die Muslim-Liga eine Erklärung der Muslime an, in der die Glaubensvorschriften dargelegt wurden und die als Informationsquelle für in Polen lebende Muslime dient. Zudem soll sie den gegenseitigen Dialog, das Verständnis und den Respekt in der polnischen Bevölkerungsmehrheit fördern. Nach Angaben der Verfasser ist die „Erklärung ein allgemeines Programm, das sich einerseits positiv auf das Leben der Muslime in Polen auswirkt, die die polnische Gesellschaft bereichern sollten; und andererseits den Weg für Kontakte mit der nichteuropäischen Welt des Islams ebnen soll, dies jedoch nur mit Teilen, die extremistisches Verhalten ablehnen.“

Der Sechste Gnesener Kongress fand am 16./18. September unter dem Motto „Das Europa des Dialogs. Christ sein in einem pluralistischen Europa“ statt und bot ein Forum für den ökumenischen und interreligiösen Dialog. Der Kongress widmete sich auch dem Dialog mit anderen Religionen wie dem Islam und dem Judentum.²⁰⁹ Zu den Teilnehmern gehörten sowohl Vertreter der christlichen Kirchen, der jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften als auch andere religiöse Gruppierungen und Politiker. Außerdem fand eine Gebetsversammlung der drei großen monotheistischen Religionen (Judentum, Christentum und Islam) statt. Nach Einschätzung des polnischen Mufti Tomasz Miśkiewicz trug die Veranstaltung zu einem verbesserten Image von Muslimen bei, was sich in

²⁰⁷ NL, Minister für Integration und Einwanderung, (2005), Nota Weerbaarheid en Integratiebeleid. Siehe auch: „Action programme to prevent radicalisation“ (Aktionsprogramm zur Verhütung von Radikalisierung), abrufbar unter http://www.minjus.nl/english/press_releases/archive/archive_2005/50707action_programme_to_prevent_radicalisation.asp (3. Oktober 2005).

²⁰⁸ Per E-Mail an die nationale Anlaufstelle übermittelte Informationen vom 29. Juli 2005.

²⁰⁹ <http://www.euroforum.pl/euroforum-en/?MID=9454>.

Presseberichten sowie bei den persönlichen Kontakten zeigte.²¹⁰ Außerdem wird es als ein wichtiges Zeichen gewertet, dass diese Veranstaltung von der in Polen sehr einflussreichen katholischen Kirche mitorganisiert wurde.

In der **Slowakei** vertrat der Vertreter der muslimischen Gemeinde Abdul Wahab Al-Sbanaty in einer kürzlich ausgestrahlten Fernsehdiskussion die Auffassung, dass die Radikalisierung der Jugend durch gezielte Bildungsmaßnahmen verhindert werden könne.²¹¹

Spaniens Premierminister José Luis Rodríguez Zapatero regte auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2004 eine „Allianz der Zivilisationen“ zwischen westlichen Ländern und der arabischen Welt an.²¹² Am 15. Juli 2005 griff die UNO diesen Vorschlag auf und plant nun die Einsetzung einer Expertengruppe mit dem Auftrag, eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Kulturen zu verhindern, die Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden und den Extremismus zu bekämpfen.

In **Schweden** kam der Minister für Integration und Gleichberechtigung, Jens Orback, mit Vertretern muslimischer Organisationen zusammen, um die Situation der Muslime in Schweden zu erörtern und ihren Standpunkt zu einer möglichen Radikalisierung einiger Mitglieder der Gemeinde anzuhören.²¹³ Der Muslimische Rat Schwedens beschloss, Imame in Staatsbürgerkunde zu unterrichten und Seminare zu den Themen Extremismus, Terrorismus und Islam abzuhalten.

²¹⁰ Interview, 6. Oktober 2005.

²¹¹ *Slovak Television (STV)*, 14. Juli 2005 „Moslimovia na Slovensku“, <http://archiv.stv.sk/tvarchiv/video/?viedo=12029> (26. Juli 2005).

²¹² <http://www.elmundo.es/elmundo/2004/09/22/internacional/1095810596.html> (26. Juli 2005).

²¹³ *Dagens Nyheter* (24. September 2005).

Schlussfolgerungen

Der vorliegende Bericht enthält eine Bestandsaufnahme der Initiativen, die mit dem Ziel eingeleitet wurden, antimuslimische Übergriffe zu verhindern und einen Dialog mit der muslimischen Gemeinde unter dem Eindruck der Bombenanschläge vom 7. Juli 2005 aufzunehmen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass diese Anstrengungen zu umfassenden Maßnahmen zur sozialen Eingliederung und Bekämpfung von Diskriminierungen weiterentwickelt werden, damit sie nachhaltige Ergebnisse liefern und Kernfragen zum Wohle der ganzen Gesellschaft behandeln. Außerdem muss klar kommuniziert werden, dass solche Maßnahmen eigenständigen Zielen dienen, die über die Vermeidung von Extremismus noch hinausgehen.²¹⁴

Unter Einbeziehung ihrer früheren Berichte über muslimische Gemeinschaften in der EU²¹⁵ kommt die EUMC zu vier Hauptschlussfolgerungen, die darauf abzielen, die Politikgestaltung gegenüber muslimischen Gemeinden zu unterstützen.

Schlussfolgerungen für die Mitgliedstaaten und Einrichtungen und Organe der EU

Eine wichtige Lehre aus den Ereignissen in London ist, dass schnelle Reaktionen von Regierungen, Polizeibehörden und Politikern von entscheidender Bedeutung sind, um Übergriffe und Vorurteile gegenüber Minderheiten zu vermeiden und die Entstehung eines Trends zu weiteren Vorfällen und Übergriffen zu verhindern. Damit der Zusammenhalt der Gemeinschaften durch diese Anstrengungen längerfristig weiter gefördert wird, gilt es, folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Regierungsmitglieder, Polizeibeamte, Politiker und andere hochrangige Meinungsbildner müssen eine entschlossene politische Führung zeigen, Verallgemeinerungen vermeiden und die fruchtbare Arbeit fortsetzen, die nach den Anschlägen in London begonnen wurde. Positive öffentliche Gesten in Richtung auf den Islam und die Aufnahme eines Dialogs mit Vertretern der muslimischen Gemeinschaft, der auf der Achtung der Menschenrechte beruht, dürfen nicht nur auf Zeiten erhöhter Spannung beschränkt sein. Dadurch würde

²¹⁴ In einer am 21. September 2005 veröffentlichten Mitteilung stellte die Europäische Kommission Maßnahmen und Empfehlungen zur Ergänzung der derzeitigen nationalen Anstrengungen vor, um eine „gewaltbereite Radikalisierung“ zu verhindern und die „Gegebenheiten zu beseitigen, welche die Rekrutierung von Terroristen erleichtern“. Die Kommission wies auf die „Nebeneffekte“ hin, die Einwanderungsstrategien auf die Verhinderung einer Radikalisierung haben können, und betonte zugleich, dass es sich hierbei auch um unabhängige Strategien handelt. Nähere Einzelheiten dazu siehe unter <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/05/329&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>.

²¹⁵ Dazu gehören: Summary Report on Islamophobia in the EU after 11 September 2001, abrufbar unter http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/anti-islam/Synthesis-report_en.pdf; Situation der islamischen Gemeinden in fünf europäischen Städten, abrufbar unter http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/islamic_com/islamic_com-DE.pdf.

man auch den strategischen Rahmen für die Medien abstecken und negativen Klischeevorstellungen über Muslime entgegenwirken.

Die positiven Initiativen zur Verstärkung des Dialogs mit muslimischen Gemeinschaften müssen in einem institutionalisierten Rahmen verankert werden und erfordern einen Partner, der die Bedürfnisse der Gemeinschaften richtig vertreten kann. Die Mitgliedstaaten sowie die Einrichtungen und Organe der EU sollten daher:

2. die aktive Einbeziehung muslimischer Gemeinschaften in institutionalisierte Verfahren der Politikgestaltung weiterhin fördern und aktiv vorantreiben und sie auch an informelleren Dialogen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene beteiligen. Die Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und Organe der EU sollten Möglichkeiten zur Unterstützung der Selbstorganisation muslimischer Gemeinschaften durch den Aufbau von Kompetenzen und die Entwicklung von Führungsfähigkeiten untersuchen.

Gefährdeten Gemeinschaften muss die Gewissheit vermittelt werden, dass ihre Schilderungen von den Behörden ernst genommen werden. Daher ist es von größter Bedeutung, dass die Polizei in den Mitgliedstaaten:

3. zur Meldung rassistisch motivierter Vorfällen ermutigt, sofort auf Anzeichen von Spannungen durch Aufstockung ihrer Einsatzkräfte in den betroffenen Gemeinden reagiert und Opfer rassistischer Straftaten adäquat unterstützt. Ein umfassendes Strafrecht muss rassistische Motive hinter einer Tat als erschwerenden Umstand werten, um gründliche Ermittlungen und eine angemessene Bestrafung solcher Straftaten zu gewährleisten.

Das Problem der sozialen Ausgrenzung muss ebenso in Angriff genommen werden wie die Praxis der Abschottung und Ausgrenzung. Politische Strategien, die der Marginalisierung von Minderheitengemeinschaften entgegenwirken und die soziale Eingliederung fördern, sollten Priorität erhalten. Insbesondere sollte Fragen im Zusammenhang mit dem Zugang zur Bildung (einschließlich Religionsunterricht) und der Diskriminierung im Arbeitsleben mehr Beachtung geschenkt werden. Sofern noch keine Überwachungsverfahren vorhanden sind, sollten die Mitgliedstaaten:

4. Überwachungsverfahren einführen, um den Fortschritt bei der sozialen Eingliederung zu bewerten, und in allen Gemeinschaften ein eindeutiges Signal setzen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen Priorität einzuräumen ist. Politischen Strategien, die der Marginalisierung von Minderheitengemeinschaften entgegenwirken, sollte Priorität eingeräumt werden.

Weiterverfolgungsmechanismen:

Die EUMC ist sich darüber im Klaren, dass eine Datenerhebung über einen längeren Zeitraum erforderlich ist, um die Auswirkungen von Regierungsinitiativen, Initiativen muslimischer Organisationen und der Polizei, der Einstellungen aller Bevölkerungsgruppen und der Wirksamkeit innergemeinschaftlicher Mechanismen genau zu beurteilen.

Die EUMC wird daher:

- weiterhin Daten und Fakten zur Situation muslimischer Gemeinschaften in der EU mit besonderer Berücksichtigung von Anzeichen für Islamfeindlichkeit erheben;
- gute praktische Lösungen der Politikgestaltung für muslimische Gemeinschaften ermitteln, die nachhaltig sind und den Zusammenhalt der Gemeinden fördern.
- Konkrete Ergebnisse werden in einem umfassenden Analysebericht dargestellt, der im Jahr 2006 veröffentlicht werden soll.

EUMC Auftrag

Die EUMC ist eine denkende und handelnde Netzwerkorganisation.

Die EUMC fordert alle gesellschaftlichen Bereiche auf, sich für Gleichheit und Vielfalt und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Europäischen Union einzusetzen – als ein Netzwerk des Wissens, als Brückenbildner und Service-Organisation.

TK-72-05-104-DE-C

EUMC

Rahlgasse 3, A-1060 Vienna

Tel. (43-1) 580 30-0

Fax (43-1) 580 30-91

E-mail: information@eumc.eu.int

Internet: <http://eumc.eu.int>

ISBN 92-95008-94-4



9 789295 008946